

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36  
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag  
Bezugspreis:  
monatlich durch die Post 50 Pf.

## Kampf der Arbeiter, Angestellten und Beamten um eine menschenwürdige Existenz



roß der Dames-Gesetze und der zahllosen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die im Gefolge der deutschen militärischen Niederlage sich auch jetzt noch auswirken (wobei wir uns insbesondere an die Ruhrbesetzung und die damit verbundene Inflationsperiode erinnern), hat Deutschland in den letzten beiden Jahren eine überraschende Aufwärtsentwicklung der gesamten Wirtschaft zu verzeichnen. Gewiß ist die Arbeitslosenziffer, gemessen an der Vorkriegszeit, noch enorm hoch und die Arbeitnehmerschaft, die ja unmittelbar darunter zu leiden hat, empfindet in der gegenwärtigen Zeit, nicht gerade unmittelbar, daß unsere Wirtschaft (was Betriebe, Produktion und Absatz anbelangt) sich in einer kolossalen Hochkonjunktur befindet. — Zwei Gründe sind es besonders, die die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren wieder stark konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt gemacht hat, ja zum Teil auch den Innenmarkt erheblich belebte. Einmal die gewaltigen technischen Neuerungen in der Industrie und zum andern die weitgehende Umorganisation in den Betrieben und der Betriebe selber. Wir haben eine ungeheure Konzentration in der deutschen Wirtschaft erfahren, und das Wort „Rationalisierung“, dem die Arbeiter heute gefühlsmäßig zum großen Teile recht mißtrauisch gegenüberstehen, hat für das Unternehmertum Millionen ausgeschüttet an neuem Profit. Gewiß ist durch das fortgesetzte Zufließen von Auslandskapital ein starker internationaler Einfluß auf unsere Rohstoffindustrien erfolgt. Wir erinnern zum Beispiel in der chemischen Industrie an den I. G. Farben-Konzern, der wohl über eine Milliarde Mark an Kapitalien aufweist. Ganz ähnlich liegt es bei der Eisenerzeugung, wo durch Transfer und andere Abschlüsse mit Frankreich und Belgien ebenfalls mehr denn eine Milliarde Mark internationalem und deutschem Kapital zusammengeschweißt sind. In ähnlichem Größenverhältnis steht auch die Kallierzeugung und -ausnützung, von den zahlreichen anderen kleinen Rohstoffindustrien schon gar nicht zu reden. Diese gewaltige Zusammenschweißung von Betrieben und Wirtschaftsindustrien hat allerdings für die Konsumenten

sehr erhebliche Bedenken. Es sind zumeist Monopolverpreise geschaffen worden. Die großen Konzerne, Kartelle, Truste usw. haben Preisvereinbarungen (Konventionen) geschlossen, wie sie in der Vorkriegszeit nicht entfernt möglich schienen. Durch diese Art innerer Organisation werden die Millionen der Konsumenten schwer geschöpft, so daß die gewaltigen Vorteile der Produktionsverbesserungen nicht der Allgemeinheit, sondern dem relativ kleinen Kreis der Aktienbesitzer zugute kommen, die an diesen Konzernen beteiligt sind. Man hat auch nicht entfernt daran gedacht, die Arbeitnehmerschaft in irgendeiner Weise an den neugewonnenen Millionenüberschüssen teilnehmen zu lassen, sondern im harten, zähen Ringen ist es der Arbeiterschaft nur mühsam gelungen, sich überhaupt den jetzigen Lohnstandard zu erobern, der in allen Arbeitnehmerkreisen (nicht nur gemessen an der Vorkriegszeit, sondern auch an den Errungenschaften und den Fortschritten der neueren Produktionstechnik) als viel zu gering angesehen werden muß.

### Heinrich von Kleist

(Geboren 18. Oktober 1772)

Er war ein Dichter und ein Mann, wie einer,  
Er brauchte selbst dem Höchsten nicht zu weichen,  
An Kraft sind wenige ihm zu vergleichen,  
An unerhörtem Unglück, glaub' ich, keiner.

Er stieg empor, die Welt ward klein und kleiner,  
Und auf der Höhe, die wir nicht durch Schleißen,  
Die wir nur fliegend oder nie erreichen,  
Ward über ihm der Aether immer reiner.

Doch, als er nun die Welt nicht mehr erblickte,  
Da hatte sie ihn längst nicht mehr gesehen  
Und frech ihm selbst das Dasein abgesprochen!

Nun mußt' er darben, wie er einst erstidte,  
Ihm blieb nichts übrig, als zurückzugehen,  
Doch lieber hat er seine Form zerbrochen.

Friedrich Hebbel

Dabei muß man sich noch in Erinnerung bringen, daß auch die deutsche Landwirtschaft, deren Vertreter ja ein hervorragendes Talent zum Schreien haben und die in der deutschen Öffentlichkeit wiederholt ihren Ruin anjagten, erheblichen Anteil an den Fortschritten von Technik und Rationalisierung genommen hat. Neben der Masseneinführung landwirtschaftlicher Maschinen, insbesondere in der Großlandwirtschaft, hat die künstliche Düngung eine ungeahnte Ausdehnung bis in die kleinsten Bauernkreise gebracht. Dadurch wird naturgemäß rationaler und günstiger produziert. Wir haben auch in diesem Jahre laut statistischer Feststellung eine Ernte, die nicht nur erheblich über dem Durchschnitt früherer Jahre steht, sondern auch als Ganzes geradezu Rekordziffern aufweist. Trotzdem hat der rechtsgerichtete Reichstag in seiner Mehrheit die wahnwitzige Schutzollpolitik noch verstärkt. Man hat für Landwirte, Weinbauern und Handwerker allerhand Subventionen und Kredite von Seiten der Rechtsregierung durchgesetzt. Die Arbeitnehmerschaft aller Gruppen aber mußte als Konsumenten bluten und durch seine Steuerbeiträge einen erheblichen Teil dieser Subventionen mittragen. Ja, man hat sogar für die besitzenden Kreise und

für das Handwerk Steuererleichterungen geschaffen. Man kann wahrlich sagen, für jeden denkenden Reichstagswähler in Deutschland sollte das Maß voll sein, und er muß im nächsten Jahre in den Ruf einstimmen: Fort mit diesem Reichstag!

Die Rechtsregierung, die uns gegenwärtig beschert ist, ist ja nur ein Ausschuß dieses Reichstages. So dürfen wir uns nicht wundern, daß von dieser Seite auch weiterhin die Tendenz besteht, die Massen zu belasten und die Kreise der Besitzenden zu entlasten. Ist also der politische Weg gegenwärtig bis zur nächsten Wahl sozusagen verrammelt für eine durchgreifende Sozialpolitik und für eine Umstellung in der Verteilung der Wirtschaftsüberschüsse auch zugunsten der breiten Massen des Volkes, so haben gegenwärtig die Gewerkschaften um so stärker die Aufgabe, mit aller Wucht darauf zu drängen, daß dem Unternehmertum die Profitbäume nicht in den Himmel wachsen. Mit Tendenzwissenschaft wird gegenwärtig die ganze bürgerliche Presse vollgestopft, um den „Nachweis“ zu erbringen, daß die Arbeitnehmerschaft bereits höher bezahlt werde als in der Vorkriegszeit. Dabei wird zunächst zugrunde gelegt ein Lebenshaltungsindeks, der zum Teil noch aus der Kriegszeit stammt, in dem Kulturbedürfnisse so gut wie gar nicht berücksichtigt sind. Vor allem aber wird in der Regel mit den Stundenlöhnen als Vergleich operiert, obwohl naturgemäß der Wochen- und Monatslohn als wirkliches Einkommen doch nur als Grundlage dienen könnte. Nun weisen aber alle Haushaltsrechnungen von Arbeitern, Angestellten und Beamten bis zur Gruppe 7 einwandfrei nach, daß der Reallohn von 1913 bei weitem nicht erreicht ist. Ja, sagen die Unternehmervertreter zynisch, ihr müßt eben länger arbeiten als acht Stunden!

Und das Attentat auf den Achtstundentag gelang dem Unternehmertum in der Zeit der Inflation zunächst in der Metallindustrie, die damals organisatorisch wie auch wirtschaftlich daniederlag. Die Mehrzahl der Arbeitnehmer — das beweist die vom ADGB. aufgenommene Statistik — hat sich aber den Achtstundentag erhalten können, und zwar 55 bis 60 Proz. der frei organisierten Arbeiterschaft. In unserm Verband sind es gegenwärtig über 75 Proz., die den Achtstundentag besitzen. Es erscheint auch ganz selbstverständlich, daß in allen Kämpfen der Arbeitnehmerschaft an dem Postulat des Achtstundentages als Maximalarbeitstag festgehalten werden muß. Dabei ist zu bedenken, daß in der Vorkriegszeit Deutschland und England in der Arbeitszeit bereits annähernd gleichgestellt waren, während fast alle andern Staaten Europas eine erheblich längere Arbeitszeit hatten. Demgegenüber ist festzustellen, daß heute der Achtstundentag in ganz Europa seinen Einzug gehalten hat, daß eine Anzahl kleinerer Länder, u. a. Belgien, das Washingtoner Abkommen ratifiziert haben und den Achtstundentag besitzen.

So bleibt also für die deutsche Arbeitnehmerschaft gegenwärtig die doppelte Aufgabe: Erneute Vorstöße zur konsequenten Durchführung des Achtstundentages (natürlich im Rahmen der bestehenden tariflichen Vereinbarungen und Möglichkeiten), und zum andern, den Lebensstandard zu verbessern durch Erhöhung der Löhne. Das deutsche Unternehmertum ist noch genau so kurzschichtig wie in der Vorkriegszeit. Weder bei Vorstoß noch bei anderen Arbeitgebern in der sogenannten mittleren Linie läßt sich am Horizont auch nur ein „Silberstreifen“ sozialpolitischen Fortschritts erkennen. Alle Tagungen der sogenannten deutschen Industrie und ihrer „Wirtschaftsführer“ beginnen meist oder enden mit einer Philippika gegen die zu großen Lohnsteigerungen. So wird allzuoft zum Schaden der deutschen Wirtschaft der Kampf ähnlich ausgetragen werden müssen, wie er jetzt ausgetragen worden ist in der Braunkohlenindustrie, wo das Unternehmertum bis zum letzten Augenblick einsichtslos war und nun erst durch den sechstägigen Streik (vom 17. bis zum 23. Oktober) zu einem Schlichterentscheid gekommen ist, der

den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 60 Pf. brachte (die Forderung betrug 80 Pf.) und der von den Gewerkschaften angenommen und vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden ist. Dabei muß gesagt werden, daß dieser Kampf ein Musterbild von Geschlossenheit und gewerkschaftlicher Disziplin gewesen ist, und daß alles Unternehmertum in der bürgerlichen Presse und an die Regierung um Polizeihilfe nicht der Wahrheit entsprachen, wie der Minister des Innern Grzesinski selber durch Bekanntgabe bekräftigt hat. Selbst die Notstandsarbeiten sind einwandfrei ausgeführt worden, so daß nicht einmal die „Leno“ ihre „ruhreiche“ Tätigkeit entfallen konnte. Alle Tendenznachrichten über Terrorakte der Arbeiterschaft usw. sind von der Unternehmerpresse erfunden. Es fehlte bloß noch, daß auch Pinkerton-Spizel künstlich solche Terrorakte herbeigeführt hätten, um eine Katastrophenpolitik heraufzubeschwören. Dazu ist es erfreulicherweise nicht gekommen. Aber wenn es nach dem Willen des Unternehmertums gegangen wäre, wer weiß, was hätte geschehen können. So hatte sich das Unternehmertum zunächst auf freie Lieferung von Streikbrecherwurst usw. beschränkt, um die Arbeiterschaft mürbe zu machen. Das ist ihr erfreulicherweise nicht gelungen.

Wir können diesen Sieg der Arbeiterschaft buchen als einen Auftakt für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands zur Erringung einer besseren, menschenwürdigen Existenz.

Nun haben in den Gemeindebetrieben Deutschlands inzwischen eine Anzahl zwischentariflicher Vereinbarungen und Schiedsprüche stattgefunden, die nicht überall den scharfen Charakter getragen haben wie etwa in Königsberg, wo unsere Kollegen bereits mit gewaltiger Mehrheit den Streik beschlossen hatten und erst dadurch eine bessere Fassung des Schiedspruches herbeiführten, die ihnen annehmbarer erschien. Im Freistaat Sachsen und in einigen anderen Bezirken stehen die Dinge noch gegenwärtig zur Verhandlung, ebenso in Berlin, wo durch das eigentümliche Verhalten des Magistrats den Beschlüssen der Stadtverordneten nicht Rechnung getragen wurde und die Dinge nun auf die lange Bank geschoben worden sind. Wir müssen uns eines Endurteils unserer eigenen Bewegung vorerst enthalten, möchten aber feststellen, daß die Gemeinde- und Staatsarbeiter naturgemäß in der ersten Reihe der Gesamtarbeiterschaft stehen wollen und stehen müssen und daß sie nicht unberührt sind von dem schweren wirtschaftlichen Druck, der sich für die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft seit Jahren bemerkbar macht. Wir wissen sehr wohl, daß mit einer einzigen Bewegung wir nicht alles erreichen können, was wir fordern. Andererseits ist aber doch in den jetzigen Lohnkämpfen, die auf der ganzen Linie in den verschiedensten Industrien entbrannt sind, festzustellen, daß das Unternehmertum bereits weitgehende Konzessionen machen mußte dank des wieder stärkeren Einflusses der deutschen Gewerkschaften. In der Holzindustrie sind Erfolge für die Arbeiterschaft erzielt worden, so daß es kurz vor dem Streik zu einer tariflichen Vereinbarung kam. In der Textilindustrie stehen zum Teil noch die Kämpfe bevor, insbesondere droht ein Riesenkampf in M.-Glabach, der 60 000 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen würde, wenn kein Entgegenkommen von Seiten der Unternehmer gezeigt wird. Im graphischen Gewerbe sind zwischentarifliche Vereinbarungen zur Lohnerhöhung herbeigeführt worden. In der Metallindustrie, die gegenwärtig eine erheblich verbesserte Wirtschaftskonjunktur aufweisen kann, wächst die Organisation des Metallarbeiterverbandes in raschem Tempo. So ist anzunehmen, daß auch hier dem Unternehmertum mit seiner schier unbegrenzten Ausbeutung ein Paroli geboten wird. Freilich in dieser Industrie, die sich im letzten Jahre gewaltig zusammengeschlossen hat, dürfte der Kampf am schwersten sein. Wenn man nun bedenkt, daß allzuoft die Lohnverhältnisse der Metallindustrie in unseren Bezirkslohnverhandlungen von Seiten der Vertreter des Arbeitgeberverbandes als Unterlage genommen werden, so ersehen wir daraus, daß auch unsere Kollegenschaft mit ihrer ganzen Sym-

pathie für die Lohnerrungenschaft der Metallarbeiter eintreten muß. Der Ruhrbergbau steht inmitten einer zwischentariflichen Lohnerhöhung, die von allen vier Bergarbeiterverbänden einmütig gefordert wird.

Bei den Eisenbahnern ist gegenwärtig eine Bewegung im Gange, bei der es scheint, daß sich die Bewegung auf örtliche Lohnzulagen beschränkt. Es liegt uns natürlich fern, in die Taktik unserer Bruderorganisation hineinzureden. Wir müssen aber bei der Lohnbewegung unserer Reichs- und Staatsarbeiter dann unter allen Umständen ablehnen, in Parallele mit den Eisenbahnern ein solches örtliches Lohnausgleichssystem in Kauf zu nehmen. Die Verhandlungen hierüber werden gleichfalls in den nächsten Tagen und Wochen vor sich gehen. Unsere Kollegen in den Reichs- und Staatsbetrieben haben alle Veranlassung, in eine rege Agitation einzutreten, um so eine starke Basis zu schaffen für unsere Verhandlungen.

Wenn wir nun noch einiges andeuten wollen über den Teil unserer Mitgliedschaft, der im „Reichsbund der Beamten“ (RBL.) zusammengefaßt ist, so ist in dieser Nummer der „Beamten-Gewerkschaft“ das Nötige gesagt. Wir möchten nur im Zusammenhang feststellen, daß die Darlegungen des Finanzministers Dr. Köhler in Magdeburg zunächst in Beamtenkreisen freudig stimmten. Nachdem nun die Besoldungsvorlage heraus ist und nachdem obendrein von den verschiedensten Seiten Einwendungen kommen über die finanzielle Auswirkung und darüber, wer die Kosten der Beamtenbesoldung tragen soll, nachdem nun auch noch Einsprüche des Reparationsagenten Parker Gilbert auf

Grund der Dawes-Gesetze vorhanden sein sollen, wird mancher Beamte einsehen, daß mit dem bloßen Gehentlassen und „Hoffen“ und mit der halben Organisation im Deutschen Beamten-Bund es nicht getan ist. Auch hier muß die Einheitslinie erreicht werden: Arbeiter, Angestellte und Beamte gehören in die freien Gewerkschaften.

Es ist auch von Seiten der linksgerichteten Arbeiterpartei (Kommunisten) in letzter Zeit versucht worden, in deren Presse auf die Taktik unseres Verbandes sowie anderer Verbände in bezug auf die Lohnpolitik usw. einen gewissen Einfluß auszuüben, der nach unserer Ueberzeugung wahrlich nicht im Interesse der Forderungen unserer Kollegen gelegen hat. Wir sind ja für jede Art Ratschläge zugänglich und dankbar, wenn sie praktisch sind, müssen es aber zurückweisen, daß man in die von unseren Körperschaften und von unseren ehrenamtlichen Funktionären gefaßten Beschlüsse hineinfuhrwert und versucht, die Dinge parteipolitisch auszunutzen. Das kann keine Gewerkschaft über sich ergehen lassen! Wir haben bereits einmal darauf hingewiesen, daß Verbandsbeirat und Verbandsvorstand das einmütig zurückgewiesen haben. Freiheit in der politischen Meinung, Einheit im gewerkschaftlichen Handeln ist unsere Parole, der jedes einsichtige Mitglied unserer Organisation wird zustimmen müssen.

Wir erwarten in den nächsten Wochen von unserer Kollegenschaft bei der großen Bedeutung der Lohnkämpfe, die gegenwärtig auf der ganzen Linie entbrannt sind und weiter entbrennen werden, daß sie sich wach hält, treu zu ihrer Organisation steht und strengste gewerkschaftliche Disziplin wahrt. E. D.

## Warum fordern die Reichs- und Staatsarbeiter eine Lohnerhöhung?

Herr Morath, der vollparteiliche Reichstagsabgeordnete, hat in einem Artikel der „Täglichen Rundschau“ den Arbeitsminister aufgefordert, Lohnforderungen der Arbeiter unnachgiebig abzulehnen. Er verstieg sich dabei zu der Behauptung, daß die Löhne der Arbeiter in den letzten Jahren durchschnittlich um 30 Proz. gestiegen wären. Viel mehr Weisheit kann man ja von einem vollparteilichen Abgeordneten auch nicht verlangen und erst recht nicht, daß er sich für Lohnerhöhungen der Arbeiter einsetzt. Um so mehr ist es daher unsere Pflicht, zu sagen, wie es zurzeit um die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter bestellt ist; denn nur dann wird die Necessität verstanden, weshalb die Reichs- und Staatsarbeiter jetzt überall darauf drängen, daß ihre Bezüge eine neue Regelung erfahren.

Die Löhne der Reichsarbeiter schwanken zurzeit in den Großstädten zwischen 64 und 80 Pf. pro Stunde für den Handwerker. Nur in Berlin und Hamburg gehen die Sätze darüber hinaus. Der Lohn der ungelerten Reichsarbeiter schwankt zwischen 52 und 60 Pf. pro Stunde. Dazu kommen allerdings noch Frauen- und Kinderzulage in Höhe von je 3 Pf. Aber selbst unter Berücksichtigung dieser Sätze (das Reich rechnet mit Frauen- und einem Kinderzuschlag gleich 6 Pf.) übersteigen die Sätze für den gelerten Handwerker nur selten 80 Pf. und für den ungelerten Arbeiter 65 Pf. pro Stunde.

Nun sind aber große Teile der Reichsarbeiter — wir erinnern nur an den Bereich des Reichswehrministeriums — in kleineren Städten und oftmals entfernt gelegenen Orten, Truppenübungsplätzen usw. beschäftigt, wo die Löhne weit unter den Lohnsätzen der Großstädte liegen. Daneben beschäftigt das Reich in allen kleineren Städten Deutschlands jeweils einige Arbeiter und Reinmachefrauen, die heute geradezu auf Hungerration gesetzt sind. Der niedrigste Lohn, den das Reich zurzeit einer Reinmachefrau zahlt, beträgt 33 Pf. pro Stunde, der niedrigste Lohn eines ungelerten Reichsarbeiters 46 Pf. pro Stunde. Das ergibt für den ungelerten Arbeiter selbst bei 51stündiger Wochenarbeitszeit 23,46 Mk. Davon gehen dann noch die Lasten zur Kranken-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung ab, so daß ein solcher Arbeiter mit etwa 20 Mk. wöchentlich nach Hause geht. In vielen Fällen werden auch heute noch für die Reichsarbeiter nicht einmal die Löhne der Vorkriegszeit gezahlt. So erhält z. B. gegenwärtig in Rüsttr. ein gelerner Arbeiter pro Stunde 57—61 Pf., in Frankfurt a. d. Oder 61—65 Pf., in Königsberg 60—64 Pf. Das ergibt bei 51stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 29—33 Mk. für den gelerten Handwerker. Die ungelerten Arbeiter erhalten in diesen Orten oftmals nur 24—26 Mk. Auch davon gehen noch die Sozialversicherungsbeiträge ab.

Demgegenüber wurde in Frankfurt a. d. O. schon in der Vorkriegszeit einem Tischler beim Infanterieregiment 12 ein Anfangslohn von 4,50, steigend bis 5,70 Mk. pro Tag gezahlt. Arbeitern beim Proviantamt in Stettin wurden schon im Jahre 1912 Löhne bis zu 4,59 Mk. pro Tag, im Jahre 1914 sogar bis 4,95 Mk. gezahlt. Dabei ist zu beachten, daß es sich hier um ungelernete Arbeiter handelt. — Wenn man nun bedenkt, daß unterdessen eine 50prozentige Ueberteuerung gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten ist, dann ist es geradezu unerhört, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, daß es im Deutschen Reichstag noch Leute gibt, die das Reichstabinett auffordern, den Arbeitern keine Lohnerhöhung zu gewähren, wie das Herr Morath in seinem „berühmten“ Artikel fertiggebracht hat. Um so mehr aber ist es Pflicht der Reichsregierung und in erster Linie des Reichsfinanzministeriums, die Reichsarbeiterlohnfrage wirklich einmal mit jenem Ernst anzufassen, den sie unter allen Umständen verdient. Herr Köhler, unser derzeitiger Finanzminister, sagte vor einigen Wochen in seiner Magdeburger Rede in bezug auf die deutsche Beamtenerschaft folgendes:

„Soll der deutsche Beamte in seiner Arbeitskraft erhalten bleiben, dann ist alsbaldige Hilfe dringend erforderlich. Die heutige Lage der Beamten ist unerträglich. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen. Ich wage es zu sagen: Weiteste Kreise unseres Volkes ahnen nicht die Tragödien, die sich in vielen Beamtenfamilien wegen der Not, die bei ihnen ein täglicher Gast ist, abspielen. Die Verschuldung unserer deutschen Beamtenerschaft hat einen Umfang angenommen, der es jedem Verantwortlichen ins Ohr schreit: Selbst sofort!“

Sowohl, helfst sofort! Diese Worte sind auch für die Reichsarbeiter angebracht, und heute um so mehr, als durch die Revision der Beamtenbesoldungsordnung die Verhältnisse für die Reichsarbeiter immer untragbarer werden. Dabei liegt es uns ganz fern, etwa mit diesem Hinweis zum Ausdruck zu bringen, daß die Beamtenbesoldungsrevision nicht notwendig wäre, im Gegenteil, auch die ist in ihrer materiellen Auswirkung noch viel zu knapp bemessen. Wenn wir aber uns gelegentlich vor die Notwendigkeit gestellt sehen, einmal einige Gegenüberstellungen zwischen den derzeitigen Reichsarbeiterlöhnen und den kommenden Beamtengehältern zu machen, dann nur deshalb, um auch der deutschen Beamtenerschaft zu zeigen, wie schlecht ihr damit geht, wenn von Beamtenführern im Deutschen Reichstage gegen Lohnerhöhungen der Arbeiter Stellung genommen wird.

Von den den freigewerkschaftlichen Beamtenverbänden angehörenden Kollegen dürfen wir wohl ohne weiteres annehmen, daß sie mit uns darin einig sind, daß es auf die Dauer unmöglich angeht, einen Reichs- oder Staatsarbeiter in seinem Einkommen schlech-

ter zu stellen als einen Reichswehrsoldaten. Auch dafür wird Verständnis vorhanden sein, daß man einen Handwerker beim Reiche nicht niedriger entlohnt als einen Obergefreiten der Reichswehr. Diese Verhältnisse treten aber in dem Augenblick ein, wo die neue Besoldungsordnung verabschiedet ist. Das sind Zustände, die unhaltbar sind. Aus diesen Gründen ist auch der Standpunkt, der Reichsregierung, nur örtliche Lohnausgleiche zu gewähren, für uns schlechterdings untragbar. Man kann doch auf die Dauer unmöglich immer nur einem Teil der Arbeiter, und zwar diejenigen, die sich gerade in einer wirtschaftlich günstiger gelegenen Gegend befinden, eine Lohnerhöhung gewähren, während die anderen leer ausgehen. Hier muß eine allgemeine Lohnerhöhung Platz greifen.

Der Außenstehende wird vergeblich fragen, wie ist das möglich, daß die Löhne der Reichsarbeiter heute so sehr von den tatsächlichen Verhältnissen entfernt sind. Ganz einfach deshalb, weil das Reichsfinanzministerium unter dem Einfluß der Schwerindustrie und der Reichsbahngesellschaft seit Jahr und Tag an einem Grundsatz festhält, der die Reichsarbeiter geradezu zum Verhungern zwingt. Auch heute noch steht das Reichsfinanzministerium auf dem Standpunkt, daß die Löhne der Reichsarbeiter an den Löhnen der Metallindustrie (Fabrikbetriebe) gemessen werden müßten. Diese Löhne stehen aber größtenteils nur auf dem Papier, weil in fast allen Fabrikbetrieben in der Metallindustrie in Akkord gearbeitet wird. Würde man endlich im Reichsfinanzministerium dem Wunsche der Organisationsvertreter Rechnung tragen und als vergleichbar wenigstens die Löhne der Handwerksbetriebe in der Metallindustrie heranziehen, dann ergäbe sich für die Lohnregelung der Reichsarbeiter sofort ein anderes Bild.

Bemerken wollen wir noch, daß das was hier für die Reichsarbeiter zutrifft, leider auch im vollen Umfange für die preussischen Staatsarbeiterverhältnisse zu sagen ist. — Alles in allem genommen, die Not bei den Reichs- und Staatsarbeitern ist groß, ja katastrophal, und wir sagen auch hier mit dem Reichsfinanzminister: Weideste Kreise unseres Volkes ahnen leider nicht die Tragödie, die sich in vielen Familien der Reichs- und Staatsarbeiter täglich abspielen, weil eine kurzfristige Reichsregierung, geblendet von dem Einfluß kapitalistischer Profitinteressen, immer noch nicht einsehen will, daß es so auf die Dauer nicht weitergehen kann.

Wir haben es bei den letzten Lohnverhandlungen ganz offen ausgesprochen, und wir stehen nicht an, es auch hier vor aller Öffentlichkeit zu erklären, die Reichsregierung zwingt ihre Reichsarbeiter geradezu, sich auf alle mögliche Art und Weise noch einen kleinen Nebenverdienst zu verschaffen, um nicht elendiglich zugrunde zu gehen.

So kann und darf es auf die Dauer unmöglich weitergehen. Aufgabe der Arbeitervertreter im Deutschen Reichstage muß es sein, die Regierung von der Tribüne des Reichstages herab an ihre sittliche und moralische Pflicht zu erinnern und sie zu veranlassen, in der Lohnpolitik für die Reichsarbeiter endlich einmal Wege zu beschreiten, die auch den Vermögenden der Armen noch ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Im übrigen werden die kommenden Besprechungen und Verhandlungen uns noch Gelegenheit geben, an maßgebender Stelle der deutschen Reichsarbeiterschaft Gehör zu verschaffen. Daß wir dabei ein deutliches Wort reden werden, darauf kann sich unsere Kollegenschaft verlassen. A. St.

### Die Lohnpolitik des Tarifverbandes Thüringer Gemeinden und Kreise

Die Regie klappert! — wie man sie in einer stattgefundenen Besprechung der Bezirksarbeitgeberverbände der Gemeinden in Schwerin festgelegt hat, indem beschlossen wurde, jeden Antrag auf Lohnzwischenregelung abzulehnen. Diesen Standpunkt vertrat auch der Tarifverband mit aller Deutlichkeit in der Lohnverhandlung am 4. Oktober 1927. Bei seiner Gründung wurde zum Grundsatz genommen, daß er nur den Zweck verfolge, ausgleichend zu wirken und nicht die Tendenzen der Privatarbeitgeberverbände zu verfolgen. Dies ist schon längst vergessen, insbesondere, seitdem Stadtrat a. D. Becker als Syndikus fungiert, dem sich die übrigen Vorstandsmitglieder des Tarifverbandes ohne weiteres unterordnen.

Von der Not und dem Elend der Gemeindeglieder wollten die Vorstandsmitglieder Stadtrat Sachse-Eisenach, Oberbürgermeister Gerhardt-Zella-Mehlis, Bürgermeister Böhn-Schmalzkalden, Stadtrat Dr. Gärtner-Appolda, Stadtbaudirektor Bandlow-Jena und Stadtbaumeister Zinke-Rudolstadt, auch in der Lohnverhandlung am 4. Oktober nichts wissen, und auch nichts von der in letzter Zeit erfolgten Preissteigerung. Was kümmert es diese Herren, wenn Gemeindeglieder mit 26 RM. Wochenlohn ein kümmerliches Dasein fristen müssen.

Sie haben ja Gehälter bis 1000 RM. im Monat und eine ausreichende Altersversorgung. Es wird allerhöchste Zeit, daß die Arbeitervertreter in den Stadträten gegen eine solche Lohnpolitik Stellung nehmen. Es sei aber hier in aller Öffentlichkeit gesagt, daß das Maß zum Überlaufen voll ist und die Gemeindeglieder bei gegebener Zeit sich wohl dieses zu erinnern wissen. Wenn der Tarifverband den Kampf will, gut, wir werden ihn zu gegebener Zeit aufnehmen. Die Gemeindeglieder wissen jetzt, daß nur die äußersten Mittel zur Anwendung kommen müssen, um diese Lohnpolitik des Tarifverbandes zu brechen. Die Verantwortung trägt Becker und der Vorstand des Tarifverbandes, aber auch die Stadtverwaltungen, die von uns wiederholt dringend gewarnt wurden.

### Unser Mitgliederstand am 1. Oktober 1927

Auch das dritte Vierteljahr schließt mit einem Mitgliederzuwachs ab, und zwar um rund 2000, genau sind es 1936 neue Mitglieder. Am Anfang des Vierteljahres zählten wir 220 502 Mitglieder und am Schluß 222 438. An der Zunahme sind die männlichen mit 1418, die weiblichen mit 518 Mitgliedern beteiligt. Am Vierteljahres-schluß verteilte sich die Gesamtzahl der Mitglieder auf 188 307 männliche und 34 131 weibliche. Die männlichen stellen 85 Proz., die weiblichen 15 Proz. der Gesamtzahl der Mitglieder dar.

Die Zahl der Filialen ist im verfloßenen Vierteljahr um zwei gestiegen und beträgt am Vierteljahres-schluß 880.

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Laufe des Vierteljahres um einige Ziffern gesunken, insgesamt um 71, von 2369 auf 2298. Als arbeitslos wurden am 1. Oktober gemeldet: 1848 männliche und 480 weibliche Mitglieder.

Auch die Ziffern der Kurzarbeiter zeigen eine schwache Senkung von 272 zu Anfang des Vierteljahres, auf 248 am Schluß des dritten Vierteljahres. Die Abnahme beträgt 24. Auch im dritten Vierteljahr hat die Werbekraft unseres Verbandes unter den Beschäftigten in den öffentlichen Betrieben sich als wirksam wie erfolgreich erwiesen. Es gilt den letzten Mann heranzuziehen.

Wirtschaftsbezirke bzw. Gauenverwaltungen	Zahl der Mitglieder am 1. Sept. 1927	Mitgliederstand am 1. Oktober 1927			Z = Zunahme 3 = Summe
		männlich	weibl.	zusammen	
1. Nord west					
a) Bremen . . . . .	5 714	5 526	292	5 818	3 104
b) (Schleswig-H.) (Mecklenburg)	6 415	5 252	1 101	6 353	2 62
	12 129	10 778	1 393	12 171	3 42
2. Hamburg . . . . .	23 758	19 722	4 169	23 891	3 133
3. Westfalen . . . . .	12 744	11 529	1 224	12 753	3 9
4. Rheinland . . . . .	9 722	9 101	471	9 572	2 150
5. Rhein-Main . . . . .	16 856	14 062	2 724	16 786	2 70
6. Rheinpfalz Saarland . . . . .	3 504	3 188	337	3 525	3 21
7. Baden					
a) Karlsruhe . . . . .	7 918	7 174	760	7 934	3 16
b) Singen . . . . .	1 021	899	139	1 038	3 17
	8 939	8 073	899	8 972	3 33
8. Württemberg	5 628	5 194	462	5 656	3 28
9. Bayern					
a) München . . . . .	8 876	7 465	1 414	8 879	3 3
b) Nürnberg . . . . .	6 435	5 971	494	6 465	3 30
	15 311	13 436	1 908	15 344	3 33
10. Thüringen . . . . .	5 823	4 863	977	5 840	3 17
11. Sachsen					
a) Dresden . . . . .	12 046	9 546	2 616	12 162	3 116
b) Leipzig . . . . .	7 205	5 171	2 058	7 229	3 24
c) Zwickau . . . . .	7 196	6 190	1 034	7 224	3 28
	26 447	20 907	5 708	26 615	3 168
12. Mittel-s deutschland					
a) Magdeburg . . . . .	8 147	6 610	1 580	8 190	3 43
b) Halberstadt . . . . .	3 494	3 177	321	3 498	3 4
	11 641	9 787	1 901	11 688	3 47
13. Hannover . . . . .	7 057	6 483	626	7 109	3 52
14. Schlesien . . . . .	10 943	9 053	1 945	10 998	3 55
15. Brandenburg	7 275	6 498	806	7 304	3 29
16. Gr.-Berlin . . . . .	28 624	22 660	6 772	29 432	3 808
17. Pommern					
a) Stettin . . . . .	3 739	3 214	540	3 754	3 15
b) Kolberg . . . . .	1 566	1 362	211	1 573	3 7
	5 305	4 576	751	5 327	3 22
18. Ostpreußen . . . . .	9 394	8 333	1 016	9 349	2 45
Einzelmitglieder	119	64	42	106	2 13
	221 219	188 307	34 131	222 438	3 1219

# Sozialdemokratische Gemeindevertreter gegen die A.-G. für Kohleverwertung

Die kommunalpolitische Zeitschrift „Die Gemeinde“ veröffentlicht im Heft Nr. 20 vom 15. Oktober 1927 eine Entschliessung, welche der Kommunalpolitische Beirat der Sozialdemokratischen Partei zur Frage der Ferngasversorgung angenommen hat. Diese Entschliessung, welche für die Arbeiten sozialdemokratischer Gemeindevertreter, sowie auch für die Vertreter in den einzelnen Reichs- oder Landesparlamenten von ausschlaggebender Bedeutung ist, hat folgenden Wortlaut:

„Der Kommunalpolitische Beirat der SPD. nimmt Kenntnis von den Bestrebungen der Schwerindustrie, das gesamte Reichsgebiet mit Kokereigas zu versorgen und dadurch die kommunalen Gasanstalten stillzulegen.

Durch Aufgabe der Eigenerzeugung der Städte würde dem Privatkapital eine für das allgemeine Wohl unerträgliche Monopolstellung eingeräumt werden, nicht nur in der Gasproduktion, sondern auch für alle Nebenprodukte. Die Gaserzeugung in den Händen weniger Privatkapitalisten bedeutet einen Wirtschaftsstaat im Staate. Die leider schon bestehende Bevormundung der deutschen Wirtschaft und der Politik durch die Schwerindustrie würde bei Einführung der geplanten Ferngasversorgung durch die Aktiengesellschaft für Kohleverwertung, S. S. Essen, ins Ungemessene gesteigert. Der Beirat erwartet deshalb, daß insbesondere die sozialdemokratischen Vertreter der Einzellandtage sowie die sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter in allen Parlamenten den Kampf gegen diese Bestrebungen der Schwerindustrie führen.

In diesem Kampfe ist es die Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die technische Entwicklung der kommunalen Gasversorgung nicht nur zu fördern, sondern alles zu tun, um auf diesem Gebiete an der Spitze der Entwicklung zu marschieren. Die Technik hat das Problem der Gasversorgung schon längst über die Grenzen der einzelnen Gemeinden hinaus zu einer interkommunalen Aufgabe gemacht. Es muß deshalb die Großgasversorgung durch modernste Gruppengaswerke großer Gemeindeverbände für ganze Wirtschaftsgebiete angestrebt werden. In dem Kampfe gegen die Monopolbestrebungen der Schwerindustrie müssen solche Gruppengaswerke nach Möglichkeit über eine eigene Kohlenbasis verfügen. Das Vorgehen der Städte Frankfurt a. M. und Köln ist besonders zu begrüßen, weil dieses Vorgehen allein schon eine wesentliche Stärkung der öffentlichen Hand zur Folge hat. Die interkommunalen Gasunternehmungen müssen unter allen Umständen von der öffentlichen Hand eventuell in Form von Gesellschaften mit anteiliger Kapitalbeteiligung der in Frage kommenden Gemeinden oder Verbände betrieben werden.

Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter haben strengstens darüber zu wachen, daß nicht durch Einzelabmachungen ihre Gemeinden mit den privaten oder halbprivaten Unternehmungen den Monopolbestrebungen der Schwerindustrie Vorschub geleistet wird, oder eine zweckmäßige Regelung der interkommunalen Gasversorgung über große Gebiete erschwert oder gar verhindert wird. Wir haben deshalb beim Vorliegen solcher Angebote, unter allen Umständen die Verbindung mit den anderen in Frage kommenden Gemeinden aufzunehmen, um ein einheitliches Vorgehen zu er-

möglichen. Unter allen Umständen muß die Gemeindehoheit auf Grund des Wegerechts zugunsten einer rein kommunalen Verteilung streng gewahrt bleiben und eine von der allgemeinen Gasversorgung getrennte Belieferung von Großabnehmern verhindert werden.

Die mit der öffentlichen Bewirtschaftung in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen haben ergeben, daß die öffentlichen Betriebe in technischer, kaufmännischer und sozialer Beziehung den privatkapitalistischen Werken nicht nur vollkommen gleichwertig, sondern in der Regel weit überlegen sind. Deshalb fordert der Beirat, daß Monopolbetriebe (Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, sowie Straßenbahn- und Autobusbetriebe) der privatkapitalistischen Ausbeutung entzogen und ausschließlich durch öffentlich-rechtliche Körperschaften betrieben werden müssen.

Die sozialdemokratischen Parlamentsvertreter werden ersucht, die Entwicklung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete auf das aufmerksamste zu verfolgen und Änderungen z. B. des Wegerechts usw. zugunsten der Kohleverwertungs-A.-G. zu verhindern.“

Aufgabe unserer Kollegen muß es sein, für größte Verbreitung dieser Entschliessung Sorge zu tragen.

## Für die Frauen

### Die Heimvolkshochschule Tinz

Im Jahre 1740 wurde Schloß Tinz aus rotem Sandstein im Barockstil erbaut. Wohl nie ist es dem fürstlichen Bauherrn eingefallen, daß in der fünften Generation nach ihm sein für das Gedächtnis der glänzenden Feudalzeit bestimmter Festsaal eine Stätte ernster wissenschaftlicher Arbeit im Dienste der Klasse werden würde, die damals nur für Sklavendienste und Kanonensfutter gut war, daß sein nach französischer Mode angelegter Park einmal vom Gespräch, Gesang und Spiel wissenschaftlicher Proletarierjünglinge und -mädchen widerhallen würde. Der tiefe Wandel der Zeiten macht sich hier bemerkbar. In den Tagen der Umwälzung hatte der Arbeiter- und Soldatenrat in Gera mit raschem Griff zugepackt und den reißenden Fürsten bewogen, Schloß Tinz mit Park, das Kammergut Tinz, eine Villa in der Stadt und einige Forsten abzutreten. Die materielle und finanzielle Grundlage für eine Stiftung der Volksbildung war damit geschaffen. Die Stiftung erhielt den Namen „Volkshochschule Reuß“. Man ging nun sofort an die Instandsetzung des Schlosses, das im Kriege als Lazarett gedient hatte und recht schadhast geworden war, berief Lehrer und konnte im März 1920 die Schule eröffnen. Sie ist also ein echtes Kind der Revolution. Fast 7½ Jahre sind darüber verfloßen. Zehn Männerkurse und fünf Frauenkurse wurden bereits abgehalten, und vor einem Monat haben die Räume des ehemaligen Fürstenschlosses wieder 45 Frauen aufgenommen. In unermüdlicher Arbeit hat sich die Schule durchgesetzt, die Inflationszeit gut überstanden und ihren Ruf über ganz Deutschland und über die Grenzen hinaus ausgedehnt. Neben Schülern aus allen Gauen Deutschlands sind auch aus Oesterreich, Belgien, Holland, England

## Die Gaslaternen

Herbst. Um die Stadt her wird es gelb und braun und rot in den Wäldern. Auch in der Stadt selbst wird es bunt: in den Parks und in den Gärten. Die letzten blauen Astern sind verblüht. Die Nebelfrauen tanzen grau über dem Rasen. Herbst.

Die Stadt aber kümmert sich wenig um den Herbst, sie kümmert sich überhaupt um keinen Jahresabschnitt, sie hat weder Zeit für das Schöne noch fühlt sie Schmerz vor dem Rauhen; die Stadt will nur dieses: arbeiten, arbeiten, Werte schaffen, daß ihre Menschen leben können. Mit dem Schönen und mit dem Leide möge sich jeder einzelne persönlich abfinden, die Stadt als Ganzes ist gefühllos; sie kämpft den bitteren Kampf um das Leben: für alle! Mögen die Kirchen läuten, mögen die Reichen prassen, möge das Krankenhaus scheitern — die Stadt als Schöpferzentrale arbeitet, arbeitet unverdrossen, Tag und Nacht!

Das Gaswerk. Eine lange Reihe qualmender Schöte. Und die gärenden Feuerhäuser. Und die Menschen, die dem Ganzen das schlagende Herz sind: die Werker um Gas! Große Kohlenhausen, Brennreserve. Sind das nur Kohlenhausen? Nein, mehr! Unter diesen Kohlen ist Menschtum, die Muskelkraft des Bergmannes und der Geist des Bergtechnikers — die sind dabei, am Kohlen-

hausen, die geben ihm so recht eigentlich erst seinen Wert. Der Mensch ist es, der aus der bearbeiteten Materie straft.

Das Gaswerk. Die großen hechtgrauen Kessel, die Gasometer, hochgehoben unterm Gasdruck des Abends. Lichtnahrung für eine ganze lange Nacht hin. Sind das nur einfache Gastessel? Nein, auch hier: die Gasometer sind mehr als nur Eisentessel. In den Gasometern steckt Menschtum. Der Arbeiter und der Ingenieur und der Techniker des Gaswerkes, sie sind es, die mit ihrem Blut und mit ihrer Seele die Gastessel auffüllen. — Ihr gedankenlosen Lichtempfänger, wolle das doch bitte bedenken. Zündet ihr eure Lampe an, dann brennt das Entfagen und der Menschendienst des Mannes vom Bergwerk und des Mannes vom Gaswerk. Der Mensch ist es, der euch leuchtet. Ein moderner Prometheus.

Der Tag zog seine Schlafmütze übers Haupt, die Schatten in der Stadt werden lebendig, es geht auf Abend. Und auf einmal sprangen auf der Brücke die Gaslaternen an: sie brannten, sie leuchteten, gezündet von einer Zauberhand. Und unter der Brücke hinweg brausten die Abendzüge, Nah- und Fernzüge, diese Brücke war eine Bahnüberführung.

Oben auf der Brücke steht es sich schön. Drunterher fließen wie ein blanker Strom die vielen Stabgleise. Und nun am Abend siehst du die grünen und die roten Signallaternen des Bahnhofes,

und Dänemark junge Proletarierburſchen und -mädſel hierher gekommen. Das Ziel der Schule iſt, Angehörigen der werttätigen Bevölkerung, die keine andere als die Volkſchule beſucht haben, die Möglichkeit zur Weiterbildung im Sinne der ſozialiſtiſchen Kultur- und Weltanſchauung zu bieten, ſie mit den Grundelementen des wiſſenſchaftlichen Sozialismus vertraut zu machen, ſie im Denken und Urteilen zu ſchulen, deß ſie mit klarem Bewußtſein an die Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung herantreten können. Dieſen Zielen entſprechend iſt der Lehrplan aufgebaut. Im Mittelpunkt ſtehen Wirtschaftslehre, Geſellſchaftslehre und Psychologie, Kunſt und Literatur. In dieſen Fächern unterrichten drei hauptamtliche Lehrer: Dr. A. Brauntal, gleichzeitig Leiter der Schule, D. Jenſſen und U. Greiner. Die einzelnen Fächer zu ſtizzieren, will ich unterlaſſen, ein Fach iſt ſo wichtig wie das andere, um ſich für die Aufgaben in der Arbeiterbewegung vorzubereiten. Im Frauenkursus werden noch beſondere Stoffe behandelt:

„Erziehungswesen“ von Dr. F. Kaniſch (Wien),  
 „Die Frau in der Geſellſchaft“ von Dr. Anna Siemſen,  
 „Wohlfahrtspflege“ (theoretiſcher Teil) von Marie Zuchacz,  
 „Wohlfahrtspflege“ (praktiſcher Teil) von Käthe Buchrucker,  
 „Gewerkschaftswesen“ von A. Knoll.

Der Unterricht vor allem in der Wirtschaftslehre wird unter ſachkundiger Führung durch induſtrielle und landwirtschafliche Betriebe aufs anſchaulichſte ergänzt, wozu die Mittwochnachmittage beſtimmt ſind, unterbrochen von Ausflügen in die nächſte Umgebung. Im jetzigen Kursus beſichtigten wir bis jetzt den Konſumverein und die Ortskrankenkafſe. Der Donnerſtagabend iſt regelmäßig ernſter und heiterer Geſelligkeit gewidmet. Es wurden bis jetzt zwei Abende ausgefüllt, der erſte von Lehrer D. Greiner über amerikaniſche Literatur, der zweite mit Kammernußſit, und der nächſte Donnerſtag bringt einen öſterreichiſchen Abend von Dr. A. Kaniſch. Einen wichtigen Platz im Gemeinſchaftsleben Linz' nimmt auch der Arbeitsdienſt ein. Die Schüler ſind verpflichtet, ſechs Stunden in der Woche an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten. Der körperliche Arbeitsdienſt iſt zunächſt ein treffliches Gegengewicht für die geiſtige Arbeit. Gleichzeitig bedeutet er aber auch Erſparnis einer Menge von Arbeitskräften, was bei den äußerſt eingeſchränkten Mitteln der Schule ſehr ins Gewicht fällt. In Gruppen wird teils in der Küche, teils im Garten an vier Tagen der Woche je 1½ Stunden gearbeitet. Die Unterrichtsmethode iſt die einer Gemeinſchaftsarbeit; ebenfalls durchdringt die Gemeinſchaft auch das Leben außerhalb des Unterrichts. Die Anrede Genoſſe und Genoſſin iſt unter Lehrern und Schülern üblich. Der größte Teil der Schülerinnen gehört der Wanderbewegung an. Der Unterricht beginnt mit einem Kampfſied, begleitet von der Klampfe, und auch ſonſt erſchallen oft Geſang und Klampfe. Von den 45 Schülerinnen des jetzigen fünfmonatigen Kursus (1. Auguſt bis Weihnacht) kommen 43 aus den verſchiedenſten Gegenden und Städten Deutſchlands, zwei aus Dänemark. Sie gehören den verſchiedenſten Berufen und Organisationen an. Es ſind 44 Mitglieder der SPD., eine der KPD. 22 Schülerinnen ſind von ihren Gewerkschaften delegiert, die übrigen ſind Freiberwerberinnen. Alle beſtehenden ſich ernſtlich, um mit gutem Erfolg Linz zu verlaſſen und ſich dann mit ganzer Kraft in den Dienſt der Arbeiterbewegung zu ſtellen. Erna Lunow, Pflegerin (zurzeit Schülerin des 5. Frauenkursus).

## Bildungsarbeit

### Die Bildungsarbeit unſerer Berliner Filiale Winter 1927/28

Für das gewerkschaftliche Bildungs- und Erziehungswesen ſteht der Berliner Arbeiterschaft eine vorzüglich aufgebaute und gut geleitete Gewerkschaftſchule zur Verfügung. Sie iſt vom Ortsausſchuß des Allgemeinen Deutſchen Gewerkschaftsbundes eingerichtet und verfügt heute über einen ſehr umfangreichen Lehrapparat. Es werden dort Kurse über alle in Frage kommenden Wiſſensgebiete abgehalten. Eine ſehr zweckmäßige Einrichtung ſind die vierzehntägig ſtattfindenden Ausſprache-Abende für Betriebsräte. Die Leitung dieſer Abende liegt in den Händen der bekannten Kollegen Körpel und Dr. Broecker. Von gleich großer Bedeutung iſt die Frauen-Bildungsgemeinſchaft, die während des Winterhalbjahres jeden 3. Mittwoch im Monat Veranſtaltungen abhält. Als Themen für dieſe Ausſprache-Abende ſind vorgeſehen: „Die Internationale der werttätigen Frau“, „Arbeit und Geſundheit“, „Der Kampf gegen die Geſchlechtskrankheiten“ uſw. Für die Funktionäre unſeres Verbandes veranſtaltet der Verbandsvorſtand in der Zeit vom 6. bis 20. November in ſeinem Schulheim in Budow (Märk. Schweiz) einen Kursus, an dem ſich 30 Berliner Funktionäre beteiligen werden. Kollege Dr. Pahl hat in Berlin-Zehlendorf eine Jungarbeiter-Heimſchule für jugendliche Verbandsmitglieder errichtet. Sechs junge Kollegen leben ein Jahr lang mit ihm zuſammen in häuslicher und geiſtiger Gemeinſchaft. Sie gehen täglich ihrer Beſchäftigung nach. Abends werden Arbeitsgemeinſchaften und Kurse abgehalten. Von dem am Wochenende heimgebrachten Lohn zahlen die Kollegen einen beſtimmten Prozentsatz in die gemeinſame Wirtschaftskafſe. Dieſe Schule ſtellt für Berlin ein Experiment dar. Während an anderen deutſchen Orten mit ſolchen Schulen ſehr gute Erfahrungen gemacht wurden, blieb Berlin bisher ohne entſprechende Nachahmungen. Neben dieſen Veranſtaltungen hat die Ortsverwaltung Berlin einen Lehrgang über die „Öffentliche Wirtschaft“ feſtgeſetzt. Lehrer für dieſen Kursus iſt Kollege Polenske. Er wird an 4-5 Abenden die Probleme der öffentlichen Wirtschaft behandeln. Ueber das „Arbeitsgerichtsgesetz“ ſpricht an 5-6 Abenden Kollege Schaum. Für das erſte Viertel des nächſten Jahres iſt ein Einführungskursus über „Das Geſetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitsloſenfürſorge“ vorgeſehen. Auch für dieſen Kursus wurde Kollege Schaum als Lehrer gewonnen. Die „Soziologie der Gewerkschaftsbewegung“ behandelt an 5 Abenden Kollege Kurpa. Alle 4 Kurse finden im eigenen Hörfaal des Verbandes, Johanniſſtr. 14/15, ſtatt. Für Kollegen mit aſtronomiſchen Neigungen iſt durch den Direktor Dr. Archenhold (Treptower Sternwarte) ein Kursus eingerichtet, an dem unſere Mitglieder zu vorteilhaften Bedingungen teilnehmen können. Unſer „Reichsbund für Beamte und Angeſtellte in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen“ veranſtaltet 6 Schwestern-Abende, an denen ärztliche Kapazitäten über mediziniſche, anatomische u. a. Probleme ſprechen werden. Den erſten Vortrag hielt am 11. Oktober Prof. Dr. Liepmann. Er ſprach über „Das ſexuale Problem in ſeiner Bedeutung

eingebettet, in das Gelb und Weiß der übrigen Bahnhofslichter. Jaſo, auf der Brücke iſt es ſchön. Das wiſſen am beſten die Kinder. Die Kinder findeſt du immer dort, wo es was Beſonderes zu ſchauen gibt. Rein aufmerkſameres Auge — als das ſcharf beobachtende Auge des Kindes.

Auf der Brücke die Gaslaterne, ich meine die in der Mitte. Da herum ſteht eine luſtige Kinderſchar, Köpfchen nach oben gehoben, dem weißgelb brennenden Gaslicht zu. Wie ging das? Wie entzündete ſich das ſo ganz von ſelbſt? Die Laterne war tot — auf einmal aber hatte ſie ein lebendes Herz, ſie brannte, ſie ſtrahlte — welch ein Wunder! Und die Augen der Kinder ſind ganz weit, ein ſilbernes Fragezeichen ſteht in jeder Augenpupille, das kleine Kinderherz ahnt etwas Großes — ſteckt da irgendein Zauberer hinter dieſer ſo plötzlich aufgeſtammten Gaslaterne? Das Kind ſchwebt — in unbewußter Ehrfurcht — Ehrfurcht vor der Arbeit. Schöpfer Menſch im Gaswerk! — Aber hier raffelt die Feuerwehrräder herbei, ſie donnert über die Brücke hinweg, Motorſprizge: Glockenſturm — und die Kinder im Galopp hinterher — ein neues großes Erlebnis: Die Feuerſpriz! Die Feuerſpriz!

Einsam ſtand nun die brennende abendliche Gaslaterne. Unbeachtet. Die Kinder hatten ihrer Eitelkeit geſchmeichelt, ein ganzer Kranz von Kindern hatte zu ihr aufgeſchaut, wie eine holde Märchen-

jungfer hatte ſich die Gaslaterne geſüht, geachtet und beſtaunt von den Herzen der Kinder. Und nun war ſie ein Nichts. — Der dunkle Strom der Abendmenschen rauſchte an ihr achtes vorbei, und unter ihr höhnten die grollenden Räder der ſchweren Güterzüge: Du Gaslaterne da oben auf der Brücke, du haſt ja keine Füße, wir aber laufen ſinkt in alle Welt hinaus. Reiß! Reiß!

Es ging auf 10 Uhr abends. Da kam die Gaslaterne auf der Brücke wieder zu Ehren. Zwei Mädchen machten ihr den Hof. Die gingen immer vor der Gaslaterne auf und ab, das hatte dieſe Bedeutung: „Die Mädchen lieben mich Gaslaterne“. Schöne Schwestern. Zwei ſehr ſchöne Mädchen, ſie hatten blaue Augen. Als die Mädchen zur Gaslaterne hinaufſchauten, da ſah ſich die Gaslaterne ſelber im Auge der achtzehnjährigen ſchlanken Mädchen. Auf einmal aber änderte ſich alles. Zwei Burſchen kamen ſchnellen Schrittes über die Brücke, direkt auf die Gaslaterne zu, jeder Burſche gab jedem Mädchen einen Kuß, mittenhin auf den roten Mund, und jeder Burſche nahm ſich ein Mädchen in den Arm — und fort waren ſie. Zwei Liebespaare. — Unter der Brücke aber lachten die Räder eines Perſonenzuges: Du eitle Gaslaterne da droben, die Liebe der Mädchen galt nicht dir; wenn ſie in dein Licht ſchauten, dann ſuchten ſie die Herzensflammen ihrer Geliebten.

Die Gaslaterne ſtand wieder einsam. Sie dachte darüber nach,

für die Frau". Der Vortrag war stark besucht, so daß wohl schon jetzt mit einem Gelingen dieser 6 Veranstaltungen gerechnet werden kann. Außerdem sind 4 literarische Abende vorgesehen, die als „Heinrich-Heine-Abende“ ausgestattet werden sollen. Die einzelnen Branchen haben besondere Vorträge für sich angelehnt, so die Branche „Park und Friedhöfe“ einen Vortrag über „Die Kulturen in den städtischen Gärtnereien und deren Verwendung“ und einen zweiten Vortrag über „Schädlingsbekämpfung im Zier- und Obstgarten“. Die Kollegen der Wirtschaftsbetriebe lassen sich instruktive Referate über die „Sozialversicherung“ und „Unsere Ruhestandsbestimmungen“ halten. Für die Branche „Elektrizitätswerte“ läuft am 1. November der bekannte Film „Die weiße Kohle“. Ueber das Problem der Ferngasversorgung spricht am 22. November Kollege Heckmann. Im Anschluß an seinen Vortrag läuft der Film „Moderne kommunale Gasversorgung“. Für die Branche „Wasserwerke“ läuft am 29. November ein Film, der die städtische Wasserversorgung zeigt. Außerdem sind Besichtigungen des städtischen Vieh- und Schlachthofes, einer modernen Gasanstalt, einer modernen Krankenanstalt, der zentralen Kläranlage, eines Theaters und anderer staatlicher und städtischer Betriebe vorgesehen. Für die Bezirks- und Betriebsversammlungen wurde ein Lichtbildwerfer angeschafft, mit dem Lichtbildervorträge über die verschiedensten Gebiete gehalten werden. Das Gesundheitswesen hat einige größere Agitationsversammlungen festgesetzt. Zum Zwecke der Belehrung der Frauen unserer Mitglieder sind 20 Bezirksversammlungen vorgesehen, in denen über die Frage „Was müssen die Frauen unserer Mitglieder von unserem Verbände wissen?“ gesprochen werden soll. Für Unterhaltung und Geselligkeit ist ebenfalls Vorsorge getroffen. Am 25. Oktober veranstaltet die Ortsverwaltung einen Johann-Strauß-Abend, am 9. Dezember einen heiteren Abend und am 18. März 1928 eine Revolutionsfeier. Für die Kinder unserer Mitglieder findet am 16. Dezember ein frühliches Weihnachtskinderfest statt, dem ein ausgiebiges Programm zugrunde gelegt worden ist.

### ♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

**Das Reichliche Schulgesetz vor dem Reichstage.** Obwohl der Reichsrat das Schulgesetz des Bürgerblocks abgelehnt hat und der Reichsregierung somit eine Niederlage bereitete, legte diese ihren Gesetzentwurf doch dem Reichstage vor, der am 18. Oktober zur Beratung kam. Vorher beantragten die Sozialdemokraten durch ihren Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller, den Schulgesetzentwurf von der Tagesordnung abzusehen, weil er schon vom Reichsrat abgelehnt und verfassungsändernd sei, wozu kaum die notwendige Zweidrittelmehrheit im Reichstage erreicht werden würde. Um also die Zeit nicht unnötig zu vergeuden, sollten dafür die Großen Anfragen über die Wirtschaftslage und den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik beraten werden. Die Sisyphusarbeit an dem Schulgesetz war dem Bürgerblock aber wichtiger als positive Arbeit und so wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt. — Nachdem der zum Minister avancierte Rapp-Rußch-Landrat Reudell seiner Vorlage eine tendenziöse Begründung gegeben hatte, wobei er gestand, daß sich die Regierung nicht einmal mit der Kostenfrage beschäftigt habe, die nicht weniger als 1112 Millionen Mark betragen sollen, wie der Demokrat Fischer im Reichstage nachwies, erhielt der Abgeordnete Schreck (Soz.) das Wort. Er führte u. a. aus:

Der Minister hat heute viel von der christlichen Auffassung gesprochen. Wie können Sie es aber mit dieser christlichen Auffassung vereinbaren, daß Sie nicht hier in der Öffentlichkeit das für sichbare Unrecht, das Sie zusammen mit dem Reichskanzler gegenüber dem Vertreter des Jungdeutschen Ordens begangen haben, wieder gutmachen. Die Schule solle der Charakterbildung dienen, sagt der Minister. Wenn das richtig ist, dann sollte er selbst zuerst danach handeln. Deutschnationale, Nationalliberale und Zentrümaler haben sich bei diesem Gesetzentwurf vereinigt. Man braucht sich deshalb nicht darüber wundern, daß derart Mangelhaftes zustande gekommen ist. In diesem Bürgerblock wird so oft von der Volksgemeinschaft gesprochen und die Notwendigkeit der deutschen Einheit betont. Mit diesem Entwurf stellt er aber selbst die konfessionellen Interessen über die Volkseinheit. Wir hoffen, daß es gelingen wird, ein Schulgesetz zu gestalten, das der gesamten nationalen Entwicklung würdig ist. Ich betone dabei ausdrücklich, daß es sich bei der Schule um eine Sache handelt, die das gesamte Volk angeht, nicht um eine Sache der Eltern, der Konfessionen oder der Weltanschauungen. Der Staat ist der oberste Erziehungsberechtigte, er trägt dafür die Verantwortung, daß in den Schulen Staatsbürger herangezogen werden. Das Zentrum aber will die Kirche über den Staat stellen. Das wird von Ihnen auch gar nicht mehr bestritten, das hat ja auch Herr Dr. Marx zugegeben. Es wird vom Zentrum ganz eindeutig erklärt, daß nicht der Staat, sondern die Kirche die Entscheidung über die Erziehung haben müsse. Damit wird aber der Boden der Verfassung verlassen. Nach der Verfassung ist es Aufgabe des Staates, nicht nur Schulen zu errichten, sondern ihr inneres Wesen so zu gestalten, daß alle kulturellen und nationalen Kräfte herauszubringen vermögen. Wenn das Zentrum und die Deutschnationalen haben wollen, daß die Kirche über die Schulen bestimmen soll, dann sollten sie doch den Schritt weitergehen und dafür sorgen, daß eine saubere und reinliche Trennung zwischen Staat und Kirche vorgenommen wird. Wer an die Kraft und an die Sendung der Kirche glaubt, der hat doch nicht nötig, vom Staat in irgendeiner Form Unterstützung zu verlangen. Wer an die Religion glaubt, der braucht nicht die Hilfe des Staates. Die Sozialdemokratie fordert grundsätzlich die Weltlichkeit der Schule, weil wir der Auffassung sind, daß nur die weltliche Schule die beste Garantie dafür bietet, alle kulturellen und nationalen Kräfte zusammenzufassen. Erst in der weltlichen Schule ist die Möglichkeit geboten, eine Erziehung zu wirklicher Duldsamkeit durchzuführen. Die weltliche Schule läßt den Weltanschauungen, den Religionen die volle Betätigungsmöglichkeit. In diesem Jahre hat man Pestalozzi gefeiert, der ausdrücklich eine Ausbildung forderte, die unabhängig vom Religionsunterricht durchgeführt werden müsse. Dieser bedeutende Pädagoge hat das gefordert, was die Sozialdemokratie durchsetzen will. Trotz unserer grundsätzlichen Stellungnahme für die weltliche Schule treten wir aber auf den Boden der Weimarer Verfassung, die die Gemeinschaftsschule als Regelschule hinstellt und daneben der weltlichen Schule und der konfessionellen Schule Lebensmöglichkeiten gibt. Der Entwurf beseitigt die Vorzugsstellung der Gemeinschaftsschule und macht zwangsweise die Belantrittsschule zur Regelschule. Er bedeutet eine Zerstückelung des Volksschulwesens und verhindert jeden geordneten Schulbetrieb. Wie kann jemand einen Entwurf vorlegen, ohne sich die Mühe genommen zu haben, ein einfaches Rechenexempel über die Kosten aufzumachen? Durch die Einfügung der geistlichen Schulaufsicht in den Entwurf soll nicht nur eine Behormung, sondern auch eine Bedrückung der Lehrer herbeigeführt werden. Es ist also durchaus verständlich, wenn die großen Schichten der deutschen Lehrer mit der größten Bekümmernis diesen Verhandlungen ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Lehrer wissen, daß nicht nur die Schule in Gefahr ist, sondern daß auch ihre Rechte, die in der Verfassung festgelegt sind, unterminiert werden sollen. Die Sozialdemokratie wird mit der größten Energie den Kampf gegen die Kulturreaktion weiterführen, und hinter uns stehen auch weite Kreise des Volkes, die sonst mit unseren sozialen und wirtschaftlichen Forderungen nicht einber-

wie so wenig Liebe die Welt für sie habe, und sie selber meinte es doch so gut mit der Welt, Abend für Abend und Nacht für Nacht gab sie der Welt ihre leuchtende Seele hin. Unbedankt, höchstens geachtet von den Kindern. — Aber das da unten war sicherlich Liebe für sie! Ein Mädchen ging nun schon eine Stunde lang vor der Laterne hin und her. Das war zwar ein älteres Mädchen, und sie war nicht schön, sie hatte viel Leid in den blauunterlaufenen Augen — aber immerhin war das wohl Liebe für die Gaslaterne, was da unten auf- und abschrift. — Da kam ein Mann, ein älterer Mann, sehr bleich, etwas dick, sein Auge war lustern wie ein geiles Hundeaugen. Der Mann beobachtete das vor der Gaslaterne schreitende Mädchen; die lächelte ihm zu, beide kamen einander entgegen, sie sprachen um Geld, der Mann feilschte, das Mädchen gab nach, nun waren sie wohl einig? Sie gingen. Der Mann zwei Schritte hinter dem Mädchen her. Die Gaslaterne war wieder allein. — Drunten donnerte ein Expreszug: Das Mädchen war eine Dirne. Sie verkaufte sich einem Rüstling. — Da weinte die Gaslaterne, ihr Licht ward etwas gedämpft, sie dachte an das Leid im blauunterlaufenen Auge des armen Straßenmädchens. Vom Dome her schlug es Mitternacht. Es begann leise zu regnen. Der Wind ging kalt. Herbstnacht. Aber etwas Liebe habe ich doch, rief — sich ermunternd — die Gaslaterne sich selber zu. Und sie schaute auf eine Wolke Mücken

und kleiner Falter, die in ihrer Glaskuppel ihr blankes Auge umschwärmten. Die Insekten suchten die Sonne, sie hielten die Gaslaterne für das Herz der Allmutter Natur — aber sie fanden statt der Sonne den Tod. Sie verbrannten sich die Flügel und Köpfchen am Gaslicht. Da lagen sie starr und angebrannt. Eine Eule kam geflogen, die setzte sich auf die Gaslaterne — und sie schrie der Laterne ins Ohr: „Schuhu, Mörderin, du hast das — Leben! — getötet, die Sonne suchenden Insekten“. Dann flog die Eule weiter, aber ein Stachel der Bitterkeit blieb scharf haften im Herzen der nächtlichen Laterne. Also Tod — gab sie statt Leben! Graufames Schicksal. Nicht graufam für die Toten, sondern für sie: die Lebende! — Ein Spiegel aller Kriege. Wir liebten das Leben — und wir töteten doch, gegen unseren Willen.

Nachts um eins. Hier kommt die Erlösung. Die Gaslaterne atmet auf. Nun ist ein wirklicher Liebhaber da, er umarmt die Gaslaterne, er hat keinen Hut auf, den hat er längst verloren, und es ist ihm heiß, den Kragen um den Hals hat er halb abgerissen, und er hat einen Zungenfehler — er lallt — grad' aus dem Wirtshaus komm ich heraus — hups, schlucks — siehe Gaslaterne, wirf du mir doch meinen Hauschlüssel — hups — herunter — schlucks! Kommt ein Schupo, der packt den Besoffenen hinten am Kragen, und er donnert: Was, da wollen Sie hinaufklettern? Die Gaslaternen sind keine

händen sind. Wir führen den Kampf auf dem Boden der Verfassung um den Inhalt der Verfassung, und bis weit in das Bürgertum hinein werden sich die Geister in diesem Kampfe um uns sammeln, mit dem Ziele, dem deutschen Volke die nationale Einheitschule zu geben.

Nachdem einige bürgerliche Redner gesprochen hatten, kam die Kommunistin Z e t t i n zum Wort, deren Ausführungen wir folgendes entnehmen:

In diesem Entwurf fehlen wesentliche Forderungen, die für eine gründliche Umgestaltung des Volksschulwesens von entscheidender Bedeutung wären. Was steht in diesem Entwurf von der Umwandlung der gegenwärtigen Lern- oder richtiger: Drill- und Prügelchule —, in eine wahre Erziehungsschule, deren Grundlage der produktive Arbeitsunterricht ist. Eine andere Forderung zur Umgestaltung, zur Neuregelung des Volksschulwesens ist die der sozialen Sicherung, der Ausnützung des Unterrichts für Schulspeisung, für soziale Fürsorge, für schützende Kleidung, für soziale Aufbesserung der Wohnungsverhältnisse, der die Schule besuchenden Kinder. Die Art und Weise, wie in dem Entwurf von deutschem Kulturgut usw. gesprochen wird, gibt den Boden ab für nationalitistische, chauvinistische, kriegsbeherische Verfeuchung des Volksbewußtseins. Herr v. Reudell wird mit der Weltlichkeit der Schule auch die Einheitlichkeit preisgeben. Darüber können auch etwaige Verbesserungen im Sinne der preussischen Anträge nicht hinwegtäuschen, in denen stärker betont werden soll, daß die Gemeinschaftsschule Regelschule, Vorzugsschule oder wie man es sonst nennen will, sein soll. Dadurch wird gar nichts geändert. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Weltlichkeit der Schule schon in der Gestaltung der sogenannten Gemeinschaftsschule preisgegeben ist. Denn in der Gemeinschaftsschule ist doch der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach. Die Konfessionalisierung und Klerikalisierung des Unterrichts ist ferner in den Bestimmungen gegeben, die innerhalb jeder Gemeinde ein Drittel der sogenannten Erziehungsberechtigten das Recht geben, andere Schulformen als die Gemeinschaftsschule zu beantragen. Dazu kommt noch die hervorragende Anteilnahme, um nicht zu sagen der ausschlaggebende Einfluß, der bei der Schulaufsicht den Vertretern der obersten kirchlichen Instanzen und der Religionsgesellschaften eingeräumt wird. Diese Herren sollen das Recht besitzen, Einsicht in die Lehrpläne, Lern- und Lehrbücher zu nehmen. Damit wird das Recht des Staates auf die oberste Schulaufsicht hinfällig gemacht. Aber es sind nicht nur die Kinder des Volkes, die in ihrer geistigen Entwicklungsmöglichkeit auf das schwerste getroffen werden, nein, es sind auch die Lehrer. In welche unmögliche Lage kommt der Lehrer, der unter dem Druck der Religionsgesellschaften gezwungen werden soll, in seinem Unterricht Auffassungen zu vertreten, die sich mit seiner innersten Überzeugung absolut nicht vertragen? Mit der Weltlichkeit der Schule geht die Reudellsche Entwurf aber auch die Einheitlichkeit der Schule preis. Er setzt einen Trumpf auf die Zerschlagung der Einheitlichkeit der Volksschule. Er löst die Einheitlichkeit in Schulen aller möglichen Bekenntnisse und der verschiedenen Weltanschauungen auf. Das bedeutet eine Herabminderung der pädagogischen, der unterrichtstechnischen Fähigkeit und Kraft der Schule. Hier kommt es zu einer Zerspaltung des Schulwesens, deren höchster Gipfel bereits durch das Konkordat in Bayern aufgezeichnet worden ist. Wir verlangen nicht einzelne weltliche Schulen oder einzelne Weltanschauungsschulen, wir verlangen die volle Weltlichkeit aller Volksschulen.

Als zweiter Redner der SPD. sprach dann Abg. Dr. L ö w e n s t e i n :

Die Sozialdemokratie, die größte Partei in Deutschland, hat die weltliche Schule als ihr Ideal und mit dieser Forderung besitzt sie das Vertrauen immer größerer Massen, wie die letzten Wahlen es wieder gezeigt haben. Die weltliche Schule als die große öffentliche Schule ist die eigentliche Staatschule, sie ist die Aufbauschule für das heranwachsende Geschlecht. Die Schule für die künftigen Kämpfer für eine neue, bessere Gesellschaftsordnung. Wir wehren uns mit aller Energie dagegen, daß etwa die weltliche Schule als eine Sektenschule betrachtet wird. Hinter

ihr steht der Wille des Volkes, das dafür kämpft. Die weltliche Schule ist keine Weltanschauungsschule und die Sozialdemokratie wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen den Versuch, weltliche Fragen in dogmatische Formeln umzuwandeln zu lassen. Wenn die Anhänger der Konfessionsschulen mit ihren großen Zahlen prunken, so darf man nicht die Papierjoldaten vergessen, man muß die unzähligen Menschen abrechnen, die nur noch durch das Steuerzahlen gebunden sind. Für uns ist die Auseinandersetzung mit kirchlichen Einrichtungen eine gesellschaftliche Angelegenheit und wir haben volles Verständnis für die armen Menschen, die in ihrer Not in der Religion ihre Zuflucht suchen. Wir sagen den Arbeitern: Auch die religiösen Formen sind die Folgen einer bestimmten gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wollen in ihnen das Bewußtsein ihrer Kraft steigern und die Erkenntnis, daß sie als Klasse dazu berufen sind, eine neue Ordnung der Gesellschaft zu schaffen. In diesem Sinne werden wir allerdings schärfste Gegner jeder Umwandlung religiöser Einrichtungen in soziale Reaktionen sein. Wo ist da das absolute Erziehungsrecht der Eltern? Hat man nicht früher ganz allgemein die Kinder von Dissidenten zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen? Wo war da das unbeschränkte Erziehungsrecht der Eltern, von dem jetzt soviel die Rede ist? Die Berufung auf die Verfassung in dieser Frage ist ganz falsch, von einem unbeschränkten Elternrecht ist dort nirgendwo die Rede, dagegen wird ausdrücklich anerkannt, daß der Staatswille über dem Elternrecht stehen müsse. Es steht dort auch nichts von dem Willen der Kirche, sondern nur von dem Antragsrecht der Erziehungsberechtigten. Wir wollen gewiß nicht die Rechte der Eltern einschränken, aber die Verhältnisse haben sich doch gegen die früheren Zustände, wo die Familie die Grundlage der Gesellschaft bildete, wesentlich geändert und wir wollen den neuen Formen der gesellschaftlichen Entwicklung den ihnen gebührenden Einfluß auf das Erziehungsweisen geben. Wir sehen in der Verfassung ein Bollwerk gegen soziale und kulturelle Reaktionen, sie befriedigt uns noch nicht, wir wollen sie erweitern, aber auch schützen gegen alle Angriffe. Leider können wir nach der Verfassung die weltliche Schule nicht fordern, aber wir erwarten, daß bald die Zeit kommt, in der die weltliche Schule als eine Notwendigkeit allgemein anerkannt wird. Jetzt verlangen wir, daß die Gemeinschaftsschule so durchgeführt wird, wie die Verfassung es vorschreibt. Daher ist für uns die entscheidende Frage: Steht dieser Entwurf im Einklang mit der Verfassung? Wir sagen: er steht im strikten Gegensatz zur Verfassung. Wir haben aus der Verfassung nachgewiesen, daß die Gemeinschaftsschule als Regelschule eine Vorzugsstellung genießt. Die Vorlage der Regierung aber will die Gemeinschaftsschule aus dieser Vorzugsstellung als Regelschule in eine Ausnahmestellung bringen. Ja, jetzt sollen sogar neun Zehntel aller Schulen zu Konfessionsschulen gemacht werden, ohne daß man sich um das Recht der Eltern kümmert. Die bisherigen Schulen sollen verwandelt werden in Schulen mit stärker kirchlicher Bindung. Wo bleibt da das Antragsrecht der Eltern? Die von der Regierung in der Vorlage angestrebte Form der Schule bedeutet eine ganz eklatante Verschlechterung des heutigen Schulwesens. Welche Aufsichtsinstanzen soll der arme Lehrer nach dem Entwurf über sich dulden? Da sind nicht nur die weltlichen Behörden, jetzt soll noch die Kirche dazukommen. Ja, selbst den außerdeutschen und außereuropäischen Religionsgesellschaften soll das Aufsichtsrecht über den Lehrer gegeben werden! In der Verfassung steht aber nur, daß der Religionsunterricht nach den Grundrissen der Religionsgesellschaften erteilt werden solle. Jede Aufsicht, die darüber hinausgeht, ist verfassungswidrig. Das haben auch die Lehrereorganisationen erkannt, die vielfach den Beschluß gefaßt haben, den Religionsunterricht niederzulegen, wenn dieser Entwurf Gesetz wird. Und wir stehen hinter diesen Lehrern, die gegen den Gefinnungszwang kämpfen, der auf sie ausgeübt werden soll. Wir wollen ein Gesetz, das der Verfassung entspricht, wir wollen ein Schulgesetz, das die Freiheit der Entwicklung sichert, daher lehnen wir den Reudellschen Entwurf ab.

Die Vorlage wurde schließlich dem Bildungsausschuß zur weiteren Beratung überwiesen. Auf das, was dort herauskommen wird, kann man zunächst gespannt sein.

Turngeräte. Wo wohnen Sie? Marsch ab! — Also, das war die Liebe gewesen, falsche Umarmungen.

Kommt ein armer Obdachloser. Krumm geht er, langsam geht er, er kraht sich am Buckel, er sieht schmierig aus, er hat einen greisen, struppigen Bart, sein Blick fixiert auf den Boden, die Gaslaterne — Auf einmal blüht sich der Obdachlose, schnell, er hebt was auf, 'ne halbe Zigarre, vielleicht von dem Betrunklenen? Und der Obdachlose beißt den feuchten Teil der Zigarre ab, ein guter Priem, das andere Ende der Zigarre steckt er in die Tasche. Und er grinst mit seinen gelben Zähnen zur Gaslaterne hinauf: Danke für die Erleuchtung, für den Zigarrenstumpfen. — So, das war doch wenigstens eine kleine Anerkennung. Ein ganz bißchen wurde die Gaslaterne stolz.

Nachts drei Uhr. Kommt ein alter, magerer Herr. Der klopft mit dem Bleistift der Gaslaterne auf den eisernen Bauch, es klingt hohl — leeres Guckeis. Was ist denn das für ein nächtlicher Klopfer der Sonderling? Einer, der nicht schlafen kann, ein Philosoph, er sucht den Stein der Weisen, er sucht das Licht, aber er klopft zu tief unten an. Hier oben brenne ich, rief die Gaslaterne dem Philosophen zu, der aber war schon weiter, nun klopft er drüben am eisernen Brückengeländer. Drunten schrie hart eine Lokomotive auf — da erschrak der Philosoph. Die Gaslaterne aber lachte ihn

aus. — Dies war nun sicher: sie hatte das Hirn am rechten Platz, sie strahlte im Schädel und nicht am Bauch. Die Philosophie irrte sich.

Nun wurde es sehr lebendig auf der Brücke. Es ging gegen Morgen. Es regnete stärker. Und der Wind blies der Gaslaterne scharf um die Ohren. Drunten rauschte ein schwarzer Menschenstrom vorüber. Schweigend. Mit gesenkten Köpfen. Manchmal glimmte eine Pfeife, rot. Manchmal quoll ein bitterer Fluch auf. Das war der Strom der Fabrikarbeiter. Sie zogen zu Werk. Schweigend und düster. Und doch waren sie ein Teil der Schöpferkraft dieser Stadt. Sie waren die werkende Masse, die der Stadt Herz und Seele ist. Die Gaslaterne verneigte sich ganz leise vor diesem Schöpferstrom der Arbeit. Dann ebte der Strom ab. Es heulte in der Fabrik. Die Sirenen! Die Sirenen! Früh um sechs.

Kommt ein Milchwagen dahergehastet. Vom Lande. Ein weißer Wagen mit weißer Nahrung. Milch für die Kinder. Ach, die Kinder, die waren doch eigentlich die einzige Liebe für die Gaslaterne, sie hatten Hochachtung vor ihr bezeugt, sie hatten sie bewundert — und die Liebe von den Kindern erwiderte die Gaslaterne mit ganzem Herzen. In dieser Liebe war sie glücklich, in dieser Liebe schlief sie sacht ein. Sie hauchte ihr Licht leise aus. Es war Tag. Kinderchen, guten Morgen! Mag Dortu.



## Genossenschaftswesen.

**Genossenschaftliche Gemeinwirtschaft.** Im Anschluß an den Internationalen Genossenschaftskongreß in Stockholm im August d. J. machten etwa 120 vorwiegend deutsche, aber auch französische, englische, tschechoslowakische Kongreßteilnehmer eine genossenschaftliche Studienreise nach Finnland, dem Genossenschaftsland par excellence. Und bei einer jener repräsentativen Feierlichkeiten, mit denen solche Dinge verknüpft zu sein pflegen, machte der Direktor einer der finnischen genossenschaftlichen Zentralorganisationen in seiner Ansprache an die Festgäste einen eingehenden politikgeschichtlichen Auszug in die Entstehung des heutigen selbständigen Finnland, welcher darin gipfelte, daß die staatliche Selbständigkeit des Landes nach dem Sturz der zaristischen Regierung in erster Linie seinem Genossenschaftswesen zu danken sei, das die wirtschaftliche Grundlage bildete, auf dem das Gebäude des Staates errichtet werden konnte. Mit größter Spannung wurde diese Darstellung aufgenommen, die ihre repräsentative Bestätigung darin fand, daß der anwesende sozialdemokratische Ministerpräsident Tanner selbst erklärte, daß die gegenwärtige wie die vorhergehende bürgerliche Regierung der Genossenschaftsbewegung jede Förderung angeheißt lassen werde; denn unter den 10 Regierungsmitgliedern befänden sich — 8 aktive Genossenschaftler! Er selbst, die Spitze der Staatsregierung, bildet einen klassischen Garantiebeweis, denn er ist aktiver Präsident des Verwaltungsrates der größten finnischen Zentralgenossenschaft. Aus diesen Umständen ergibt sich wohl mit zweifelsfreier Deutlichkeit auch die außerordentliche staatspolitische Bedeutung des Genossenschaftswesens neben seiner volkswirtschaftlichen. Denn bei dem Mangel jeglicher finanzieller und wirtschaftlicher Selbständigkeit des Landes während der russischen Herrschaft — die der Bolschewismus vergeblich fortzusetzen suchte — bestand in der Tat nur in der im größten Ausmaße vorhandenen genossenschaftlich organisierten Wirtschaft ein finanzieller und wirtschaftlicher Kreditfaktor dem Auslande und der eigenen Volkswirtschaft gegenüber, welcher den Aufbau eines staatlichen Eigenlebens garantierte. Und mit berechtigtem nationalem Stolz ließen die finnischen Genossenschaftler wissen, daß dank ihrer Arbeit Finnland nicht nur selbständig sein konnte, sondern auch nach Jahren harten Ringens die Handelsbilanz aktiv geworden sei. — Daß die finnländische Genossenschaftsbewegung staatenbildende Kraft besitzen mußte, ergibt sich aus einigen Organisationsziffern, die die Konsumgenossenschaftliche Fachpresse auf Grund der Studienreise mitteilt. Danach gab es im Jahre 1926 in dem Land mit nur 3 1/2 Millionen Einwohnern und der einzigen Großstadt Helsingfors mit etwa 250 000 Einwohnern rund 5000 eingetragene Genossenschaften aller Art mit 800 000 Einzelmitgliedern und einem Warenumsatz von 4000 Millionen Finnmark gleich etwa 400 Millionen Reichsmark. Mit den Familienangehörigen sind etwa 90 Prozent der Bevölkerung genossenschaftlich erfasst. Am Gesamtbestand sind die Konsumgenossenschaften mit 564 Einzelorganisationen und 406 000 Mitgliedern mit einem Jahresumsatz von 3000 Mill. Fmk. gleich 300 Mill. RM. beteiligt. Aus diesen Zahlen ergibt sich 1. daß im Wirtschaftsleben Finnlands die Genossenschaften dominieren und 2. daß der finnländische Bauer neben seiner landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisation am stärksten an der Konsumgenossenschaftlichen beteiligt ist. Denn da die gesamte Stadtbevölkerung mit 600 000 Personen, also einem starken Sechstel der Gesamtheit, der Landbevölkerung mit 2 900 000 Personen gegenübersteht, so läßt sich die überaus starke Entwicklung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung in Finnland nur durch die weit überwiegende Anteilnahme der Bauernschaft erklären.

## Aus den deutschen Gewerkschaften

**Die Entschleifung der Bergarbeiter-Delegierten zum Abbruch des Streiks.** „Die am 22. Oktober 1927 in Halle a. d. Saale tagende Funktionärkonferenz der am mitteldeutschen Braunkohlentarif beteiligten Organisationen nahm Kenntnis von dem Ergebnis der am 20. und 21. Oktober in Berlin stattgefundenen Verhandlungen in der Schlichtungskammer zwischen den Tarifparteien. Die Erhöhung der Löhne um 11,54 Proz. bedeutet einen großen Erfolg der Gewerkschaften. Wenn sie auch in Anbetracht des daniederliegenden Standes der mitteldeutschen Braunkohlenwerke keine volle Befriedigung auslöst, so spricht sich die Konferenz dennoch unter Berücksichtigung aller Umstände für die Annahme des Schiedsspruches aus und beauftragt die Organisationsleitung, die Verbindlichkeitserklärung zu beantragen. Mit den zwischen den Tarifparteien getroffenen Vereinbarungen über Zurücknahme der Kündigungen, Maßregelungen, Kontraktbruchsstrafen und Wohnungskündigungen betreffend, erklärt sich die Konferenz einverstanden. Die Konferenz würdigt die aufopfernde Tätigkeit aller Funktionäre während des Kampfes und spricht ihnen dafür ihren Dank aus. Sie erwartet, daß die Kameraden überall für die Wiederaufnahme der Arbeit eintreten, wie sie für die Niederlegung der Arbeit eingetreten sind. Erhaltet und erhöht die Schlagkraft der Organisationen! Erhaltet die Disziplin! Hoch die Arbeiterbewegung!“

## Reichs- und Staatsarbeiter

**Lohnelend der thüringischen Staatsarbeiter.** Unter größten Schwierigkeiten konnten Anfang Juni d. J. die Lohnsätze für die Staatsarbeiter, das Personal der thüringischen Krankenanstalten und der Landestheater vereinbart werden. Freiwillig wollte das thüringische Finanzministerium den gelernten Arbeitern nichts, den angelernten und ungelerten Arbeitern 2 Pf. geben. Ein Schiedsspruch von 6 Pf. ab 1. April und 1 Pf. ab 1. Oktober wurde abgelehnt. Erst in einer schwierigen Verhandlung mit dem thüringischen Finanzministerium bei dem staatlichen Schlichter konnte eine Einigung von 5 Pf. ab 1. April und 1 Pf. ab 1. Oktober erfolgen. Wir wollen hier Gerechtigkeit walten lassen und geben hier zu, daß, nachdem die Wirtschaftsbezirksleitung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit Herrn Finanzminister Toelle persönlich verhandelt hatte, dieses nicht unbeachtet geblieben ist und ausschlaggebend bei den Verhandlungen bei dem staatlichen Schlichter war. Trotz alledem muß man heute noch von einem Lohnelend der Staatsarbeiter sprechen, erhält doch der gelernte Arbeiter 68 Pf., der angelernte Arbeiter 56 Pf. und der ungelerte Arbeiter 53 Pf. in der Ortsklasse B (höchstbezahlte Ortsklasse), die gelernte Arbeiterin 47 Pf., die angelernte Arbeiterin 45 Pf. und die ungelerte Arbeiterin 41 Pf. Dazu kommen nach drei Dienstjahren 2 Pf. und nach weiteren drei Dienstjahren weitere 2 Pf. vom 24. Lebensjahr gerechnet und 3 Pf. Frauen- und Kinderzulage. Der ungelerte Arbeiter mit einem Kinde und nach sechs Dienstjahren muß heute mit einem Wochenlohn von 25 Mk. nach Hause gehen, abzüglich Steuern, Krankenkassen- und Erwerbslosenfürsorgebeiträgen. Es gibt aber dabei eine große Anzahl lediger Arbeiter und älterer Arbeiter, die keine Frauen- bzw. Kinderzulage erhalten. Die in den letzten Monaten erfolgten Preissteigerungen und erfolgte zehnprozentige Mieterhöhung gaben Veranlassung, beim thüringischen Finanzminister um eine Lohnzwischenregelung nachzusuchen. Recht schnell erfolgte aber, was man sonst bei anderen Eingaben nicht gewöhnt ist, eine Antwort, daß mit Bedauern dem Wunsche nicht entsprochen werden kann. Es heißt in diesem Bescheide, daß das Lohnabkommen erstmalig zum 31. März 1928 kündbar ist, und daß dabei die gemachten Zugeständnisse wesentlich mitbestimmend waren. Ferner, daß für die Erhöhung der Wohnungszulagen ab 1. Oktober ein weiterer Pfennig Lohnerhöhung bereits vorgesehen ist. Die Indexziffer wurde dabei ebenfalls herangezogen. Wenn das thüringische Finanzministerium doch nur den Grundsatz gelten lassen würde, die Löhne der Staatsarbeiter an den Löhnen der Privatindustrie zu messen. Oder fürchtet man den Einspruch der Industriellen, wie dies vor einigen Jahren bei der Ordnungsbundregierung erfolgte? Man kann aber immerhin, und dies gilt besonders für das thüringische Finanzministerium, feststellen, daß der Industriearbeiter fast den doppelten Verdienst erhält als der Staatsarbeiter. An einem Beispiel könnte sich das thüringische Finanzministerium nach einer Aufstellung des ADGB für August 1927 recht leicht davon überzeugen. Zur Beschaffung von Wintervorräten ist seit einigen Jahren den Staatsarbeitern ein Vorschuß gezahlt worden. Diesen Vorschuß in diesem Jahre zu zahlen wird ebenfalls abgelehnt. Die Begründung dieser Ablehnung verdient, der Öffentlichkeit übergeben zu werden, und bringen wir dies Schreiben zu aller Kenntnis: „Ihrem Antrage auf abermalige Gewährung von Lohnvorschüssen an Staatsarbeiter zur Beschaffung von Wintervorräten bedauern wir nicht entsprechen zu können, da die tatsächlichen Verhältnisse eine derartige Sonderregelung für Staatsarbeiter nicht gerechtfertigt erscheinen lassen können. (Unterschrift.)“ — Kommentar hierzu überflüssig. Wir bemerken nur: Der Staatsarbeiter braucht diese Vorschüsse nicht, wenn nur die Entlohnung halbwegs zum Leben ausreichen würde. Es muß deshalb verlangt werden, den Staatsarbeitern einen Lohn zu geben, damit sie nicht ein Dasein in Not und Elend fristen.

**Nachen.** In zwei gut besuchten Versammlungen der Reichs- und Staatsarbeiter referierte Kollege Müller über die Lage der Reichs- und Staatsarbeiter. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß die Reichs- und Staatsregierung die Notlage der Beamten anerkenne, aber von einer Notlage der Reichs- und Staatsarbeiter nichts wissen wolle. Der Antrag der Spitzenorganisationen, die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter generell zu erhöhen, sei abgelehnt worden, wohl aber das Versprechen gemacht, in eine neue Prüfung der Ortszuschläge einzutreten. Wie eine solche Prüfung aussehe, habe die letzte Prüfung erwiesen, wo die ganzen rheinischen Städte leer ausgegangen seien. Die Grenzstädte im Westen leiden allgemein ganz besonders unter einer anormalen Teuerung und die besetzten Städte noch insbesondere unter der Befragung. In der Diskussion kam lebhaft zum Ausdruck, daß die Reichs- und Staatsregierung das Rheinland im allgemeinen zu wenig berücksichtige und die Stadt Nachen im besonderen. Eine Resolution, welche verlangte, daß der Ortszuschlag von 15 Prozent auf 30 Prozent erhöht werden soll, fand einstimmig Annahme. Gegen die sonderbare und sozialrückständige Behandlung der Reichs- und Staatsarbeiter bei der Schaffung der Zufuhrverorgungskasse wurde entschieden Einspruch erhoben. Im Schlußwort ersuchte Kollege Müller die Kollegen, an die Einigkeit und Geschlossenheit der Reichs- und Staatsarbeiter tatkräftig mitzuwirken, denn nur die Stärke der Dr-

ganisation bilde der Gradmesser der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft.

**Dortmund.** Eine gut besuchte Versammlung der bei Reich und Staat beschäftigten Arbeitnehmer, an der auch Mitglieder des Verkehrsverbundes und des Eisenbahnerverbandes teilnahmen, befaßte sich mit den ungenügenden Löhnen. Als Redner war Kollege Jahn vom Einheitsverband der Eisenbahner erschienen. Die Arbeiterschaft darf sich nicht bei ihrer Lohnbewegung auf die Erhöhung der Besoldungsordnung berufen. Unsere Lohnforderungen sind zu stützen auf die Erhöhung der Lebensmittelpreise und der sonstigen Bedarfsgegenstände. Die Deutsche Wirtschaft kann nur florieren, wenn die Kaufkraft der Mark auf dem Innenmarkt mehr Geltung gewinnt. Wir sehen in der letzten Zeit ein starkes Anziehen der Preise derjenigen Bedarfsartikel, die der Arbeiter in seinem Haushalt unbedingt benötigt, obwohl der Reichsfinanzminister Köhler auf einer Magdeburger Logung den Grundsatz proklamiert, die Regierung würde dafür sorgen, daß die Erhöhung der Besoldungsordnung keine Preissteigerung mit sich bringe. Der erste Produktionsfaktor in der Wirtschaft ist die menschliche Arbeitskraft, die unbedingt geschützt und durch ausreichenden Lohn gestärkt werden muß. Nachdem einige Kollegen die Ausführung des Referenten noch ergänzten, wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Uneträgliche Not hat die Arbeiter der Reichs- und Staatsbehörden, der Reichspost und Reichsbahn von Dortmund zu einer gemeinsamen gutbesuchten Versammlung am Sonntag, dem 9. Oktober 1927, im großen Saale des Reinoldushofes zusammengeführt. Sie nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der Ablehnung ihrer wohlbegründeten und berechtigten Lohn- und Arbeitszeitforderungen. Mit aller Entschiedenheit lehnen sie es ab, allein die Folgen der falschen Zoll- und Steuerpolitik der Bürgerblockregierung zu tragen. Angesichts der ungeheuren Not der Arbeiter, hervorgerufen durch die schlechte Bezahlung, ist die ablehnende Begründung der berechtigten Forderungen eine offene Provokation. Hiermit fordern wir die Gesamtarbeiterschaft und die Öffentlichkeit auf, den Kampf der notleidenden Arbeiter des Reiches, der Reichspost, der Reichsbahn und des Staates, um eine menschenwürdige Existenz nach Kräften zu unterstützen. Von den Arbeiterparteien wird erwartet, daß sie dem hinterhältigen Spiel der in Frage kommenden Reichs- und Landesbehörden alsbald ein Ziel setzen. Die Versammelten geloben, in dem ausgebrochenen Kampf einig und fest zusammenzutreten und alles daran zu setzen, den letzten Arbeiter für die in Frage kommenden Gewerkschaften zu gewinnen.“

### Landstraßenwärter

Die Konferenz der Provinzial- und Kreis-Chauffeearbeiter der Provinz Brandenburg, am 16. Oktober im Gewerkschaftshaus in Berlin abgehalten, war von 60 Delegierten und 42 Gästen besucht. Wirtschaftsbezirksleiter Kollege Kühne referierte über das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und wies darauf hin, daß dieses Gesetz eine alle gewerkschaftliche Forderung sei, nämlich daß die ohne Verschulden, meist durch die Willfür der Arbeitgeber, arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer eine bestimmte Unterstützung erhalten sollen. Darauf behandelte er das Gesetz in seinen einzelnen Abschnitten. Einige an den Referenten gerichtete Fragen wurden zur Zufriedenheit beantwortet. Danach erstattete Kollege Müller einen Bericht über die durch das Arbeitszeitgesetz notwendig gewordene Regelung der Zuschläge für Überstunden. Da die Arbeitgeber von der durchschnittlichen neunstündigen Arbeitszeit keinen Gebrauch mehr machen wollten, wurde die achtfünfstündige Arbeitszeit vereinbart, die jedoch für die Sommermonate eine Verlängerung, für die Wintermonate dagegen eine entsprechende Verkürzung erfährt. Wenn die Kollegen auch mit dieser Regelung einverstanden waren, so doch nicht mit dem Übergang vom Tageslohn zum Stundenlohn. Wie richtig aber die Einführung des Stundenlohnes war, ergab sich daraus, daß wir durch eine Umfrage mittels Fragebogen während der Konferenz feststellen konnten, daß allein in der Provinz auf 8 Strecken die für September vorgesehene Arbeitszeit von 8 Stunden bis auf 10 Stunden ausgedehnt wurde, ohne daß der tarifliche Zuschlag von 25 Proz. gezahlt worden ist. Hierdurch entsteht den Kollegen eine Forderung, die sie unbedingt bei ihren Verwaltungen geltend machen müssen. Da auch sonst der Tarifvertrag für Chauffeearbeiter besonders verbesserungsbedürftig ist, entschloß sich die Bezirksleitung, denselben zu kündigen. Die Hauptforderungen für den neuen Tarifvertrag beziehen sich auf die Arbeitszeit, Zahlung von Krankenlohn, Erweiterung des Urlaubs und auf das Schlichtungsverfahren. Alle diese Punkte wurden vom Referenten ausführlich behandelt. In der anschließenden Diskussion wurden zahlreiche Wünsche zum Ausdruck gebracht, die sich jedoch im Rahmen eines Tarifvertrages nicht gleichmäßig regeln lassen. Es wird daher Aufgabe der einzelnen Betriebsvertretungen sein, nach Abschluß des neuen Vertrages in den Kreisen und auf den Provinzstrecken das besonders zu vereinbaren. Die nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

1. Die am Sonntag, dem 16. Oktober 1927, im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende Konferenz der Provinzial- und Kreis-Chauffeearbeiter in der Provinz Brandenburg stellt fest, daß der zurzeit bestehende Mantel- und Lohn tarif den jetzigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Durch den immer stärker werdenden Kraftwagenverkehr auf den Chauffeen ist die Be-

schäftigungsart der Chauffeearbeiter eine ganz andere geworden und sie sind größeren Gefahren ausgesetzt als früher. Die jetzige Arbeit auf den Chauffeen ist die eines Tiefbauarbeiters. Damit entfällt auch der bisherige Einwand der Arbeitgeber, die Chauffeearbeiter wären Landarbeiter. Es ist unbedingt erforderlich, daß die Lohn- und sonstigen Tarifbestimmungen eine Aenderung dahin erfahren, daß sie denen für die Arbeitnehmer in den Tiefbaubetrieben gleichkommen. 2. Die Konferenz stellt fest, daß die Provinz- und Kreisverwaltungen sich immer mehr von der Erfüllung der zurzeit bestehenden Verträge abwenden. Dies geschieht insbesondere dadurch, daß Arbeitnehmer, die jahrzehntelang beschäftigt waren, zur Entlassung kommen und als unständige Arbeiter oder Hilfsarbeiter weiter beschäftigt werden. Die Konferenz erwartet von der Organisation, daß bei Tarifverneuerungen diesem reaktionären Gebaren ein Ende bereitet wird. 3. Die Konferenz fordert von den Provinz- und Kreisverwaltungen die strikte Einhaltung der täglichen Arbeitszeit von acht Stunden und darüber hinaus die Einführung einer 45stündigen Arbeitswoche. Die Konferenz glaubt, daß die Chauffeearbeiter auf den freien Sonnabendnachmittag ein ebenso großes Anrecht haben wie die Kommunalbeamten. 4. Die Konferenz erwartet von den Provinz- und Kreisverwaltungen, daß sie sich endlich ihrer sozialen Pflichten gegenüber den Chauffeearbeitern bewußt werden und eine Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung schaffen, die es ermöglicht, die Arbeiter bei eintretender Invalidität oder in hohem Alter vor der bittersten Not zu schützen, damit sie nicht, wie es jetzt der Fall ist, der Armenpflege anheimfallen. Die Konferenz ist sich bewußt, daß sie ihr Ziel nur erreichen kann durch Stärkung der Organisation und durch Vermehrung ihres politischen Einflusses in den Parlamenten und Verwaltungen. Sie fordert daher alle ihre Mitarbeiter auf, sich ihrer Pflicht als Klassenangehörigen bewußt zu werden und, soweit dies noch nicht geschehen ist, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten. Bei kommenden Wahlen erwartet die Konferenz von den Verbandsmitgliedern, daß sie ihre Stimme nur solchen Kandidaten geben, von denen feststeht, daß sie die Arbeiterinteressen vertreten werden.

### Gas, Wasser, Elektrizität

**Zusammenfassung preussischer Elektrointeressen.** Die Zusammenfassung der elektrowirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen des Staates in eine einheitliche Aktiengesellschaft wurde durch Beschluß des Preussischen Landtages vom 13. Oktober d. J. Gesetz. Es handelt sich hier um Zusammenfassung der preussischen elektrischen Unternehmungen: das Großkraftwerk Hannover A.-G., Hannover, das Preussische Kraftwerk Oberweser in Kassel und die Gewerkschaft Main-Weiser in Kassel. Außer diesen drei genannten Unternehmungen erfährt die neue Gesellschaft die preussischen Beteiligungen an der Norddeutschen Kraftwerke A.-G. (74,9 Proz.), an der Braunkohlen A.-G. Zukunft (55,2 Proz.), ferner am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (8,57 Proz.), der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen G. m. b. H. (4,8 Proz.), der Ueberlandwerke und Straßenbahnen Hannover A.-G. (50 Proz.), der Ueberlandwerke Oberschlesien A.-G. (37 Proz.) und der Ostpreußenwerke A.-G. (41,2 Proz.) und andere. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft beträgt 80 Millionen Mark. Durch die Zusammenfassung der drei erwähnten Kraftwerke und seinen Beteiligungen hat sich der Preussische Staat eine bedeutende Basis für die kommende Elektropolitik geschaffen. Der preussische Staatsrat hatte seinerzeit gegen das nunmehr beschlossene Gesetz Einspruch erhoben. Der Einspruch wurde begründet mit der Forderung, daß die Veräußerung und Verpfändung von Aktien nur durch ein Gesetz erfolgen dürfe. Das preussische Handelsministerium führte demgegenüber aus, daß die Aktien grundsätzlich im alleinigen Besitz des Staates bleiben sollen. Ein Verkauf an Private sei nicht beabsichtigt. Möglich sei es jedoch, daß zur Durchführung der Rationalisierung und zwecks gemeinschaftlicher Arbeit mit anderen Stromversorgungsgesellschaften ein Austausch oder eine Abgabe von Aktien an öffentlich-rechtliche Körperschaften nötig werde. Dies sei der Grund, weswegen man die Abgabe von Aktien zulasse. Bei Abgabe der Aktien sei jedoch die Zustimmung des Preussischen Landtags und des Handels- und Finanzministeriums sowie die Zustimmung des Aufsichtsrates und der Generalversammlung der Gesellschaft erforderlich. Der Preussische Landtag nahm am 13. Oktober d. J. zu diesem Einspruch des Staatsrats Stellung. Der Einspruch wurde mit über Dreiviertelmehrheit abgelehnt. Damit tritt nunmehr das Gesetz rückwirkend ab 1. April 1927 in Kraft. Es wird Aufgabe der Arbeiterparteien des Preussischen Landtages sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeitnehmererschaft der elektrowirtschaftlichen Unternehmungen durch ihre Gewerkschaften in dem noch zu bildenden Aufsichtsrat vertreten ist.

J. D.

### Aus unserer Bewegung

**Berlin.** Zu dem Artikel über die Berliner Lohnbewegung in Nr. 42 der „G.“ erhalten wir die nachfolgende Zuschrift:

„Berichtigung. In Nr. 42 des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter „Die Gewerkschaft“ vom 14. Oktober wird auf Seite 891 ein Bericht von C. P. „Zum Lohnkampf der Berliner Gemeindebetriebe“ gebracht. Dazu habe ich zu bemerken: Es trifft nicht zu, wenn der Artikelschreiber C. P. in Spalte 894 schreibt: „Durch die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der

Gemeinde- und Staatsarbeiter ist am 5. Oktober und zwar nachmittags zwischen 1—2 Uhr Stadtrat Genosse Gabel ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Verabschiedung des Antrages der Stadtverordnetenversammlung in der Magistratsitzung vor sich geht. Es ist um Unterstützung des Antrages ersucht worden. Klar ist also, daß die beiden kommunistischen Stadträte über die Verabschiedung der Vorlage im Bilde gewesen sind.“ Der Genosse Wolenske, als Vorsitzender der Ortsverwaltung Berlin des Bundes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der ja wohl auch der Artikelschreiber ist, wird nicht in der Lage sein, den Wahrheitsbeweis für diese Behauptung anzutreten. Der Sachverhalt hat sich folgendermaßen abgepielt: Der Genosse Gnadt hat bei mir angerufen und gefragt, ob der Magistrat zu dem Antrag der Stadtverordnetenversammlung schon Stellung genommen habe. Darauf habe ich geantwortet: Bisher noch nicht, er solle in einer Stunde erneut anrufen. Auf Grund dieser Anfrage habe ich festgestellt, daß auf der Tagesordnung des Magistrats die Stellungnahme zu dem Stadtverordnetenbeschlusse überhaupt nicht vorgesehen war. Die Behauptung und die Argumentation des Artikelschreibers sind auch noch aus anderen Gründen unzutreffend. Ehe der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter überhaupt zu der Frage der Lohnerhöhung Stellung genommen hat, habe ich als Vorsitzender der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion Veranlassung genommen, in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag, der eine Erhöhung der Löhne von 15 Pf. pro Stunde fordert, einzubringen. Bereits bei der Beratung der Zuschüsse an die Beamten habe ich die Forderung der städtischen Arbeiter angekündigt. Der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung, den Beamten einen monatlichen Zuschuß zu gewähren, folgte dann der kommunistische Antrag. Ich glaube, es nicht notwendig zu haben, extra zu betonen, daß, wenn ich gewußt hätte, daß in der fraglichen Magistratsitzung die Erhöhung der Gemeindegeldlöhne um 10 Pf. zur Beschlußfassung kommen würde, ich auf alle Fälle andere Verpflichtungen hätte fahren lassen, um bei der Abstimmung zugegen zu sein. Aber so, wie es mir ging, ging es auch sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern. Dieser Vorgang ist auch dem Genossen Wolenske bekannt, und ich bedaure aus diesem Grunde die irreführende Berichterstattung.

Otto Gabel.“

Hierzu schreibt unser Berichterstatter C. P. folgendes:

„Genosse Gabel behauptet, daß der Artikelschreiber nicht in der Lage sei, den Wahrheitsbeweis für die Behauptung anzutreten, daß er am 5. Oktober, und zwar in der Zeit von 1—2 Uhr nachmittags, durch die Ortsverwaltung Berlin darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß die Verabschiedung des Antrages der Stadtverordnetenversammlung in der Magistratsitzung erfolgen soll. Genosse Gabel widerlegt diese seine Behauptung im nächstfolgenden Satz der Berichtigung selbst, indem er zugibt, daß er von dem Kollegen Gnadt angerufen worden sei und dem Kollegen Gnadt geantwortet habe, „daß die Angelegenheit noch nicht erledigt sei, er möge in einer Stunde noch erneut anrufen“. Daraus ergibt sich klar und deutlich, daß Genosse Gabel im Bilde gewesen ist über die Tatsache, daß die Angelegenheit zur Verhandlung kommt. Dem Genossen Gabel wird nicht zum Vorwurf gemacht, daß er vorsätzlich oder absichtlich die Abstimmung verfälscht habe. Nach Lage der Dinge kann ihm jedoch der Vorwurf der Fahrlässigkeit nicht erspart bleiben.“ — Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich in Nr. 246 gleichfalls mit der Angelegenheit. Sie dokumentiert ihre Begeisterung für die Einheitsfront durch eine Schimpfkanonade gegen Kollegen „Wolenske und Genossen“, dem sie „schmutzige Verleumdung usw.“ vormirft. Es ist uns schon von Kollegen der SPD. gesagt worden, daß die „Rote Fahne“ bei unseren Lohnbewegungen die Tätigkeit des bekannten Tieres im Porzellanladen besorgt habe. Wir lehnen es trotzdem ab, auf das Geheiß der „Roten Fahne“ einzugehen, eingebedent des Wortes: „Wer schimpft — hat unrecht!“

Gotha. Der Stadtvorstand in Gotha brachte im Stadtrat eine Vorlage ein, betreffend die Einführung des Ortsgesetzes über die „Verpflichtung der Straßenanlieger zur Reinigung der Straßen“. Der Haushaltungsetat weist einen Fehlbetrag von 700 000 Mk. auf. Die Stadtratsmitglieder einschließlich der bürgerlichen, beabsichtigen, der Vorlage zuzustimmen, doch erklärten sich letztere bei der Abstimmung dagegen, da die Hausbesitzer gegen diese angebliche Belastung Sturm liefen. Die Hausbesitzer wollten diese Steuer den Mietern auferlegen, und so stimmten auch die Fraktionen der SPD. und KPD. gegen die Vorlage. Der Oberbürgermeister Scheffler drohte nach dieser Abstimmung mit anderen Maßnahmen. Die Folge dieser Drohung war die Kündigung von 38 Arbeitern. In einer sehr gut besuchten Versammlung der Gemeindegeldarbeiter am 26. September 1927 nahm man in Anwesenheit des Wirtschaftsbezirksleiters Kollegen Stierwald zu der Kündigung der 38 städtischen Arbeiter Stellung. Besonders gekennzeichnet wurde das Verhalten des Oberbürgermeisters Scheffler, daß er die Arbeitervertreter des Stadtrates zu Willen zwingen wollte, indem er 38 städtische Arbeiter kündigte. Eine Entschließung wurde angenommen: Die am 25. September 1927 stattgefundenen stark besuchte Versammlung der Gemeindegeldarbeiter nimmt mit Entrüstung von der Kündigung der 38 Gemeindegeldarbeiter der Straßenreinigung Kenntnis. Es wird mit der Kündigung bewiesen, daß wieder bei den Ärmsten der Armen gesparrt werden soll, die sich schon

früher in wirtschaftlicher Notlage befanden und noch befinden. Die gesamten Gemeindegeldarbeiter erwarten von den Stadtratsmitgliedern, daß die Kündigung der 38 Gemeindegeldarbeiter zurückgezogen wird. Ferner wird erwartet, daß im Ansehen der Stadt Gotha die Straßenreinigung in eigener Regie weitergeführt wird. Die gesamte Arbeiterschaft in Gotha wird aufgefordert, in Betriebsversammlungen gegen das arbeitschädigende Verhalten des Stadtvorstandes energisch Protest zu erheben. Die Stadtfraktionen der SPD. und KPD. hatten in der am 29. September 1927 stattgefundenen Stadtratsitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der verlangte, daß die Kündigung der 38 städtischen Arbeiter zurückgezogen werde, da es noch eine Reihe von Möglichkeiten gebe, der Stadt Mittel zuzuführen. Der Bürgerbund erklärte, daß sich seine Fraktion noch nicht entschlossen habe, für die Vorlage zu stimmen, da ja die Kündigungen sich auf die Finanzen des Wohlfahrtsamtes auswirken. Die Arbeitervertreter im Stadtrat verlangten aber eine bindende Erklärung betreffend die Zurückziehung der Kündigungen, dann erst könnte man der Vertagung zustimmen. Der Oberbürgermeister tat das, die Kündigungen sollten zunächst aufgehoben werden. Die Gefahr, daß die Arbeiter auf die Straße gesetzt werden, besteht noch. Vorläufig ist durch die machtvolle Kundgebung der Gemeindegeldarbeiter das Ärgste verhütet worden. Dies sollen sich aber die Gemeindegeldarbeiter in Gotha klar entgegenhalten, daß nicht der einzelne, sondern die Geschlossenheit der Arbeiter etwas vermag, denn das tut besonders auch den Gothaer Gemeindegeldarbeitern nötig.

### ◆ Internationale Rundschau ◆

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes tagte vom 10. bis 12. Oktober in Berlin. Reichsarbeitsminister Brauns begrüßte die Tagung im Namen der Reichsregierung und teilte mit, daß Deutschland anlässlich dieser Tagung eine Ratifizierung vorgenommen habe, und zwar die Ratifizierung des Abkommens von Washington — über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft.

Die Reichsregierung habe vor einigen Tagen dem Reichsrat eine Vorlage übermittelt zur Ratifizierung der Abkommen, die in diesem Jahre von der Arbeitskonferenz, betreffend die Krankenversicherung der gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter, angenommen wurde. Schließlich sprach der Reichsarbeitsminister noch von dem neuen Arbeitsschutzgesetz, das aber immer noch „in Vorbereitung“ ist. Dieses Arbeitsschutzgesetz sei so ausgearbeitet, daß mit seiner Verabschiedung eine Reihe wichtiger internationaler Abkommen ratifiziert werden könne. Ganz besonders gelte dies von der Kernfrage, dem Arbeitszeitabkommen. Das Arbeitszeitgesetz habe hier schon vorgearbeitet. In seiner Rede wies der Reichsarbeitsminister besonders auf die Sozialversicherung hin und betonte, daß Deutschland bemüht sei, die sozialpolitische Gesetzgebung auch auf anderen Gebieten der Arbeitsmarktpolitik, des Wohnungs- und Siedlungswesens usw. vorwärts zu treiben. Herr Brauns hob rühmend hervor, daß dieses Werk „in den letzten drei bis vier Jahren“ geschaffen worden sei. Daß es vor allem das Werk der Volksbeauftragten ist, die hier bahnbrechend gewirkt haben, scheint der Reichsarbeitsminister vergessen zu haben.

Der Präsident des Verwaltungsrats, Fontaine, und der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, konnten natürlich nichts anderes tun, als in freundlichen und höflichen Worten für diese praktisch etwas magere Begrüßung zu danken. Als nach der Wiederwahl des Bureaus des Verwaltungsrats, das sich aus Herrn Fontaine als Präsidenten und dem Unternehmervertreter Carlier und dem Arbeitervertreter Genossen Dubegest als Vizepräsidenten zusammensetzte, der Bericht des Direktors zur Diskussion kam, schnitt Jouhaug die Frage an, die auf allen Lippen schwebte: „Wie steht es mit der Ratifizierung des Abkommens über den Achtstundentag durch Deutschland?“

Als deutscher Regierungsvertreter antwortete ihm Ministerialdirektor Sijler, der die bekannte Darstellung von der Ausarbeitung des Arbeitsschutzgesetzes wiederholte und mit der Hoffnung schloß, daß nach Verabschiedung dieses Gesetzes die Ratifizierung des Abkommens „bald“ erfolgen werde. Herr Sijler hat vor Jahren schon bestimmt die Ratifizierung des Abkommens von Washington in Aussicht gestellt. Es war eine allgemeine Enttäuschung. Dieses Gefühl hatte offenbar auch der Reichsarbeitsminister, der sich zu Jouhaug begab und die Erklärungen seines Ministerialdirektors persönlich ergänzte.

Aus dem umfangreichen Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, den Albert Thomas mündlich ergänzte, ist zu entnehmen, daß der tote Punkt, auf dem die Ratifizierungen im Vorjahre angekommen zu sein schienen, überwunden ist. Seit der letzten Tagung des Verwaltungsrats sind einschließlich der gestern durch Deutschland vollzogenen Ratifizierung insgesamt 15 neue Ratifizierungen von internationalen Abkommen vollzogen worden. Aus diesen bereits vollzogenen Ratifizierungen haben eine Reihe von Regierungen Gesetzentwürfe eingebracht, die die Ratifizierung von verschiedenen Abkommen zum Ziele haben. Bedauerlich ist allerdings, daß dabei Deutschland wieder hinten an steht. In dem Bericht des Direktors wird auch der Plan eines Ausbaus der Korrespondenzbureaus erwähnt. Ueber den

Arbeitsbeirat für Oberschlesien wird gesagt, daß der Beirat, dessen Vorsitzender Albert Thomas und dessen Vizepräsident Ministerialdirektor Fehler für Deutschland und Sokal für Polen sind, bis jetzt noch nicht zusammengetreten ist. Der Direktor erwähnte zwar den Brief, den er von den Vertretern aller deutschen Arbeiterorganisationen in Polnisch-Oberschlesien erhalten hat und in dem um eine Einberufung des Beirats erjucht wird. Bis jetzt ist aber leider nichts geschehen.

Der englische Regierungsvertreter nahm bei der Frage der Unfallverhütung auch zur Frage des Tragens schwerer Lasten Stellung. Die englische Regierung möchte, daß die Frage des Ladens und Entladens von Schiffen gefondert behandelt wird, und daß die Frage des Tragens von schweren Lasten also auch einer besonderen Kommission überwiesen werde. Die englische Regierung schlug dabei vor, diese Frage der paritätischen Schifffahrtskommission zu überweisen, in der außer den Reedern und den Regierungsvertretern die Seeleute vertreten sind, die aber mit der Frage selbst gar nichts zu tun haben. Nach langer Diskussion wurde der Einwurf der englischen Regierung zurückgewiesen. So geringfügig diese Frage an sich auch sein mag, so ist die Diskussion doch sehr bezeichnend. Außer dem englischen Regierungsvertreter und dem englischen Unternehmervertreter wandten sich sämtliche andere Delegierte, sowohl die Arbeitervertreter als auch die Regierungsvertreter, darunter auch der Ministerialdirektor Söhler für die deutsche Regierung, gegen das Verschleppungsmanöver der englischen Regierung. Man hat den Eindruck, daß der Kurs der englischen Regierung in der Sozialpolitik nachgerade allen anderen Delegierten auf die Nerven fällt.

Es wurde dann entsprechend dem Vorschlag des amerikanischen Gewerkschaftsbundes der Professor des Völkerrechts an der Columbia-Universität, Chamberlain, als Mitglied des Ausschusses für Eingeborenarbeit gewählt. Diese Ernennung hat eine gewisse Bedeutung, denn sie ist ausdrücklich von der amerikanischen Regierung gebilligt, die bekanntlich weder dem Völkerbund noch der Internationalen Arbeitsorganisation angehört.

In der Fortsetzung der Debatte über den Bericht des Direktors brachte der deutsche Regierungsvertreter Dr. Feig den Wunsch vor, daß im Haushalt des Internationalen Arbeitsamts mehr Mittel für Uebersetzungen der wissenschaftlichen Arbeiten des Amtes in dritte Sprachen, insbesondere ins Deutsche, vorgesehen werden mögen. Es sei bedauerlich, daß wichtige Veröffentlichungen nicht ins Deutsche übertragen werden. Es gab dann eine interessante Debatte mit starkem politischen Hintergrund. In dem Bericht des Direktors ist ein Schreiben des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom enthalten, in dem die Einsetzung einer Kommission für „Zusammenarbeit“ angekündigt wird. Der Vorsitzende dieses Instituts ist der frühere Anarchist und jetzige italienische Regierungsvertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts de Michellis. Es besteht bereits zwischen diesem Institut und dem Internationalen Arbeitsamt eine gemeinsame Kommission, die solche Fragen zu behandeln hat, die in den Bereich beider Organisationen fallen. Der deutsche Arbeitervertreter Genosse Hermann Müller, Vorsitzender des ADGB, wandte sich energisch gegen die Methoden des Internationalen Instituts in Rom, das bemüht sei, alle landwirtschaftlichen Fragen an sich zu ziehen, und zwar selbst die rein sozialpolitische Natur, die unzweifelhaft zur Kompetenz des Internationalen Arbeitsamts gehören. Die bestehende Kommission habe große Schwierigkeiten zu überwinden, und es sei nicht abzusehen, welchen Zweck die Schaffung dieser neuen Kommission haben soll. Die Organisationen der landwirtschaftlichen Arbeiter seien nicht geneigt, in dieser Frage in der Kommission, dessen Einsetzung das Internationale Institut für Landwirtschaft mitteilt, mitzuarbeiten. Jedenfalls müsse man erst Klarheit haben über die Aufgaben, die dieser neuen Kommission gesetzt werden sollen. Müller schlug deshalb vor, von jeder Stellungnahme abzusehen, so lange die Statuten dieser neuen Kommission nicht bekannt seien. — Dieser Ansicht trat außer Jouhaux auch der Regierungsvertreter von Kanada bei. Der italienische Regierungsvertreter suchte einestheils die Sache möglichst harmlos hinzustellen, andernteils jedoch ziemlich brutal dem Verwaltungsrat klarzumachen, daß er, der Vorsitzende des Internationalen Instituts in Rom, es ja gar nicht nötig habe, sich darüber mit dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts zu unterhalten.

Jouhaux erinnerte daran, daß man die Kompetenz des Internationalen Arbeitsamts in Landarbeiterfragen seinerzeit überhaupt bestritten habe und daß das Amt gezwungen gewesen ist, eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs im Haag herbeizuführen, die zugunsten des Internationalen Arbeitsamts ausgefallen ist. Man müsse den Eindruck gewinnen, daß diese Neugründung des Internationalen Instituts in Rom nur eine Fortsetzung der Bestrebungen sei, dem Internationalen Arbeitsamt Hemmnisse bei der Behandlung der Landarbeiterfragen zu bereiten.

Zum Schluß wurde auf Vorschlag von Thomas dahingehend entschieden, daß der Verwaltungsrat dazu erst Stellung nehmen wird, wenn ihm das Statut der neuen Kommission in Rom bekannt sein wird. Das bedeutet praktisch, daß man im Verwaltungsrat den Bestrebungen in Rom mit ausgesprochenem Mißtrauen gegenübersteht. Es kam dann zu der Abstimmung über den Antrag der englischen Regierung, das Datum der Konferenz von 1928 auf den 10. Oktober festzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt und mit

großer Mehrheit beschlossen, die Konferenz zum 30. Mai einzuberufen. Eine lebhafteste Debatte gab es bei Festlegung der Tagesordnung der Internationalen Konferenz von 1928. Vorgeesehen waren außer den Fragen der Mindestlöhne und der Unfallverhütung die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen. Auch hier widersprach der englische Regierungsvertreter. Die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen sei noch nicht reif, man dürfe die Tagesordnung nicht überlasten usw. Der deutsche Regierungsvertreter Dr. Söhler stimmte seinem englischen Kollegen bei. Es wäre besser, möglichst wenige, aber inhaltsreiche Abkommen zur Ratifizierung aufzufassen. Albert Thomas erwiderte, daß es sich nur um eine sittliche Frage handle, die längst reif sei und die Konferenz nicht belasten würde. Ein Abkommen mehr könne die Regierungen nicht verhindern, die bisherigen Abkommen zu ratifizieren. Gerade die englische Regierung habe seit drei Jahren im Völkerbund darauf gedrungen, daß man diese Frage behandle. Es wurde schließlich aber mit 11 gegen 7 Stimmen entsprechend dem Antrag des englischen Regierungsvertreters beschlossen. Dabei ist bemerkenswert, daß sowohl der englische wie der kanadische Arbeitervertreter sich der Stimme enthielten.

◆ Rundschau ◆

**Hochstaplerreisen auf dem Land.** Der 42 Jahre alte Tagelöhner Johann Glonner aus Mühlendorf, der wegen Betrugs usw. bereits erheblich vorbestraft ist, verlegte sich wenige Wochen nach Verbüßung seiner letzten Strafe wieder auf Schwindeleien. Am 23. März kam Glonner an die Straßenbaustelle am Hirschberg bei Monatshausen, ließ den Vertrauensmann des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes kommen, stellte sich ihm als Gewerkschaftssekretär Weiß vor und beauftragte ihn, sofort eine Betriebsversammlung einzuberufen. Als der „Gewerkschaftssekretär“ dem Vertrauensmann zu wissen gab, daß er momentan in Geldverlegenheit sei, bezahlte der Vertrauensmann die Zeche und gab ihm auf Verlangen noch ein Darlehen von 20 Mark. Am Abend des gleichen Tages übernachtete Glonner als Gewerkschaftssekretär Weiß bei einem Gastwirt in Monatshausen, aß und trank, ließ sich ein gutes Schlafzimmer geben und verschwand am anderen Morgen ohne bezahlt zu haben. In Weilheim forderte er einen Gasarbeiter auf, eine Versammlung der städtischen Arbeiter einzuberufen; bei dem Arbeiter nahm er gleich das Frühstück und ließ sich ein neues Hemd geben. Nachdem Glonner noch einen anderen Gasarbeiter um 20 Mark erleichtert hatte, verließ er Weilheim und tauchte bald als Polizei-Oberwachmeister Schön aus Geisingen in Plattling auf. Dort ließ er sich als „Krankler“ im Krankenhaus aufnehmen, schwindelte einem Krankenwärter 15 Mark heraus, wurde darauf wieder gesund, verschwand zu günstiger Stunde und zog weiter. In Marktfl. a. S. knüpfte er als Polizei-Oberwachmeister Schmitt aus München mit einer Büfettdame ein Liebesverhältnis an. Das gutgläubige Mädchen wendete für den „Zukünftigen“ über 700 Mark auf. Die Festnahme Glonnners machte endlich den Betrügereien ein Ende. Er hatte sich nun vor dem Schöffengericht München-Land zu verantworten, wo er geständig war. Das Gericht verurteilte ihn unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Das Liebespaar

Start vor Schrecken sind Verwandte  
Wenn die sechzigjährige Tante,  
Ob sie zwar schon angegreift,  
Sich als liebesvoll erweist.

Einen fastig-jungen Knaben  
Will die alte Schachtel haben.  
Er ist Tänzer, sie Prinzgef.  
Einfach fürchterlich! — Indes

Bruder Wilhelm Hohenzollern  
kann hier nicht dazwischenköllern,  
Weil auch sein Johannistrieb  
keineswegs platonisch blieb.

Vorurteile aller Zeiten  
Weichen schlichten Menschlichkeiten  
Hier Viktoria — dort Zoubloff:  
Menschen sind von gleichem Stoff.

Nur — um dieses zu kapieren,  
Muß ein Umfuß erst passieren.  
Eider scheint: für Majestät  
kam die Sache etwas spät!  
M. v. L.



Viktoria, die 62jährige Schwester des Kaisers heiratet den 23jährigen russischen Eintänzer Zoubloff.